

Inhalt

Vorwort	1
Christian Meier: Ergebnisse des zweiten Treffens des Gesprächskreises „Partnerschaft mit Russland in Europa“ am 23. und 24. Mai 2005 in Moskau EU-Russland-Partnerschaft: Ehrgeizige Ziele – Bescheidene Resultate?	3
Nadeschda Arbatowa: Russland und die EU: divergierendes Wertesystem oder Krise des Beziehungsgefüges?	13
Heinz Timmermann: Ausbau der Partnerschaft trotz divergierender Entwicklungen in Russland und der Europäischen Union?	31
Programm	51
Teilnehmer	53

Vorwort

Der zweite Gesprächskreis fand wenige Tage vor dem französischen **non** und dem Negativvotum der Niederländer zum Verfassungsvertrag der Europäischen Union statt - zwei ernüchternde Ereignisse, nachdem das jüngste EU-Russland-Gipfeltreffen am 10. Mai 2005 in Moskau letztlich recht erfolgreich verlaufen war.

Der Schatten der beiden Referenden in Frankreich und den Niederlanden lag zwar bereits über den Diskussionen. Aber der Gesprächskreis befasste sich stärker mit der Analyse des EU-Russland-Gipfels und mit den längerfristigen Perspektiven für die Zusammenarbeit in Europa. Dabei wurden einige Grundfragen vertieft diskutiert, die den Gesprächskreis immer beschäftigen werden:

- Wie können das große Russland und eine sich erst formierende europäische Staatenunion wirksam kooperieren? Wie gestaltet man das komplexe Zusammenwirken eines euroasiatischen Staates mit der Europäischen Union?
- Welche Felder lassen sich kooperativ ausgestalten? Wie verbindlich sind die festgelegten Wegekarten und die damit verknüpften Aktionspläne? Wann kann man konkrete Terminpläne hinzufügen, um die beabsichtigten Aktionen erfolgreich umzusetzen?
- Wo liegen überhaupt die unbestreitbaren Gemeinsamkeiten und wo die potenziellen Konflikte in den strategischen Überlegungen der beiden Partner? Was versteht Russland und was versteht die Europäische Union unter „strategischer Partnerschaft“?
- Kann man die Beziehungen produktiv gestalten, indem man „gemeinsame Werte“ und nicht nur „gemeinsame Interessen“ als Grundlage des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens beschwört?
- Muss das 2007 auslaufende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen überarbeitet werden oder genügt es als Fundament auch über 2007 hinaus?

Für die Europäische Union geht es nicht zuletzt darum, ob sie ihre Außenbeziehungen darauf hin steuern kann, zum einheitlichen Akteur zu werden und ob sie ihre Nachbarn davon überzeugen kann, dass Europa auf ein gemeinsames europäisches Wertesystem ausgerichtet sein muss, das sich in einem umfassenden Vertragssystem niederschlägt. Die Russische Föderation hat sich unter der Führung von Präsident Putin zum Ziel gesetzt, mittels Kooperation ihre wirtschaftlich-technische Entwicklung zu beschleunigen, ohne die Vorstellung von Russlands solitärem Platz in der Welt in Frage stellen zu müssen.

Der Gesprächskreis will herausfinden, wie dieser Spannungsbogen der zwei strategischen Ausgangspositionen verringert und für konstruktive Weiterentwicklungen der EU-Russlandbeziehungen genutzt werden kann. Was den deutsch-russischen Dialog wie auch andere bilaterale Dialoge einzelner Mitgliedsstaaten der Europäischen Union angeht, so möchte der Kreis folgenden Gedanken berücksichtigen: Ein stärkerer Europabezug im bilateralen Dialog ist mit der EU-Erweiterung noch wichtiger geworden. Die russische Politik hat dies bereits zur Kenntnis genommen. Eine gemeinsame Teilnahme von Außenpolitikern und Experten aus Deutschland und anderen EU-Staaten wie aus den Brüsseler Institutionen ist sehr zu begrüßen. Daher möchte der Gesprächskreis beitragen zu

- einer Verzahnung der Protagonisten von Europapolitik und Außenpolitik;
- einer Fokussierung auf russische Interessen und Sichtweisen im EU-Kontext;
- einer Einbindung von bilateralen Diskursen in den EU-Kontext.

Diese Konzeption soll sich in der Zusammensetzung des Gesprächskreises niederschlagen. Es soll eine parlamentarische Komponente geben, indem Abgeordnete von nationalen Parlamenten und des EU-Parlaments teilnehmen. Angestrebt wird eine Zusammensetzung aus deutschen, russischen und EU-europäischen Diskutanten zu je einem Drittel: Politiker, Fachleute aus offiziellen Ämtern und unabhängige Experten.

Es sollte im Wechsel ein Austragungsort bei Moskau, bei Berlin und bei Brüssel gewählt werden, um die schnelle An- und Abreise bei gleichzeitiger Abgeschiedenheit vom Hauptstadtalltag zu ermöglichen. Auswärtige Gäste können nach Wunsch vor oder nach dem Treffen Hauptstadttermine wahrnehmen.

Für 2005 steht bereits fest, dass der Gesprächskreis das nächste Treffen am 5. und 6. Dezember in Potsdam abhält.

Matthes Buhbe
Wjatscheslaw Nikonow

**Ergebnisse des zweiten Treffens des Gesprächskreises
„Partnerschaft mit Russland in Europa“ am 23. und 24. Mai 2005 in Moskau**

EU-Russland-Partnerschaft: Ehrgeizige Ziele – Bescheidene Resultate?

Christian Meier

Stiftung Wissenschaft und Politik (extern), Berlin

Vorbemerkung

Die im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen Russland und der Europäischen Union (EU) vereinbarten Ziele und die bisherigen Ergebnisse lieferten das Oberthema beim zweiten Treffens im Rahmen des Gesprächskreises. Das am Ende dieser Broschüre wiedergegebene Programm gibt die Themenblöcke wieder. Im folgenden wird in aller Kürze über wesentliche Inhalte und Ergebnisse des Treffens berichtet.

Werte und Interessen: Entwicklungen in der EU und Russland

Der grundlegende Zusammenhang von Werten und Interessen stellt sich aus europäischer Sicht¹ kurz gefasst so dar: Russland erwartet bei der ökonomischen Modernisierung partnerschaftliche Unterstützung von der EU. Sie wird in der Hoffnung gewährt, dass der wirtschaftlichen eine politisch-gesellschaftliche Modernisierung folgt, die sich auf gemeinsame europäische Grundwerte und demokratische Prinzipien stützt. Doch die Führung in Moskau befürwortet einen solchen Wertetransfer nur im Rahmen der historischen, kulturellen und ethischen Traditionen Russlands. Damit relativiert sie – so einige Teilnehmer aus EU-Staaten - eine entsprechende Selbstverpflichtung im bilateralen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) erheblich und macht zugleich deutlich, dass sich die ökonomische Modernisierung in einem stark autoritär geprägten politischen System vollziehen soll. Wechselseitige Verstimmungen über diese divergierenden Grundpositionen führten nach Heinz Timmermann (vgl. auch seinen Text in dieser Broschüre) unvermeidlich zu der Frage, ob es unter diesen Umständen nicht ratsamer wäre, den hohen Anspruch einer europäisch-russischen Wertepartnerschaft auf das Niveau einer pragmatisch ausgerichteten Interessengemeinschaft herabzustufen.

¹ Beiträge von Teilnehmern aus EU-Mitgliedstaaten werden im folgenden etwas verkürzt als "europäische Sicht", Beiträge von Teilnehmern aus der Russischen Föderation als "russische Sicht" bezeichnet.

Für die europäische Seite ist unstrittig, dass eine dauerhafte, substantielle und integrative Partnerschaft auf allgemein anerkannten europäischen Grundwerten und demokratischen Prinzipien beruhen muss. Ein Grund dafür liegt auf der Hand: Wenn Werte und Prinzipien wie z.B. Transparenz, Unabhängigkeit der Justiz, Rechtssicherheit und Diskriminierungsverbot nicht gewährleistet sind, werden die Grenzen für Reichweite und Tiefe einer bloß interessengetriebenen Zusammenarbeit sehr schnell deutlich. Das wiederum kann weder im europäischen noch im russischen Interesse liegen. Ein weiterer Grund ist, dass sich Russland im Zeichen einer wachsenden Globalisierung gegen diese gemeinsamen Werte und Prinzipien auf Dauer nicht wirksam abzuschotten, sondern allenfalls hinhaltenden Widerstand gegen eine „Zivilisierung wider Willen“ (Mützenich) zu leisten vermag. Ein dritter Grund ist, dass sich durch den Ausbau von zivilgesellschaftlichen Kontakten und kommunalen bzw. regionalen Partnerschaften sowie durch einen rapiden Anstieg der Auslandsreisen russischer Bürger und durch Austauschprogramme die Chancen für einen stillen Wertetransfer mittel- und langfristig verbessern werden. Ein vierter Grund ist schließlich, dass positive Rückwirkungen einer an den europäischen Werten orientierten, erfolgreichen Systemtransformation in einzelnen GUS-Staaten, wie z.B. der Ukraine, auf Russland nicht auszuschließen sind.

Mit Blick auf diese Positionsbeschreibung der EU machte Nadeschda Arbatowa in ihrer Einführung deutlich (vgl. auch ihren Text in dieser Broschüre), dass für die Spannungen in den europäisch-russischen Beziehungen hauptsächlich die bisherige Weigerung der EU verantwortlich sei, die Frage nach der Rolle Russlands im europäischen Integrationsprozess schlüssig zu beantworten. Dieses Verhalten, das in Moskau als politische Zurückweisung empfunden wurde, habe dazu geführt, dass vorhandene Ansätze zu einer neuen Identität als europäisches demokratisches Land nicht fortentwickelt, sondern immer stärker durch Formen eines neuen politischen Autoritarismus überlagert worden seien. Infolgedessen bestünden weder in der russischen Führung noch in der russischen Gesellschaft klare Vorstellungen vom Nutzeffekt einer europäischen Integration für die wirtschaftliche Entwicklung, für die Gewährleistung von Sicherheit sowie die langfristige politische Stabilität des Landes. Für die EU sei dieses widersprüchliche Erscheinungsbild ein plausibler Grund, den „strategischen Partner“ Russland auf Distanz zu halten und ihn mit einer Wertediskussion zu überziehen, die, gemessen an den Doppelstandards im praktischen Verhalten der EU, wenig Überzeugungskraft habe.

Auf der russischen Seite besteht weitgehendes Einvernehmen, dass das Verhalten der EU in der Wertefrage von auffälliger Widersprüchlichkeit geprägt ist. So stünden die europäischen Proteste gegen die Maßnahmen der russischen Justiz in der Chodorkowskij-Affäre in krassem Gegensatz zu der „Carte Blanche“, die man Präsident Jelzin bei sei-

nem Vorgehen gegen die Duma (1993), gegen Tschetschenien (1994) sowie gegen einzelne russische Oligarchen Mitte der neunziger Jahre gegeben habe. Lautstarke Brüsseler Forderungen an Putin in der Tschetschenienfrage kontrastierten scharf mit beredtem Schweigen über die Zwangsmaßnahmen gegen die russische Minderheit in den baltischen Staaten. Nicht akzeptabel sei der geringe Stellenwert von Minderheitenrechten auf einer offenbar sehr selektiven EU-Werteskala. Diese russische Kritik wird jedoch von der europäischen Seite unter Verweis auf eine andere Faktenlage als eine Fehleinschätzung des EU-Verhaltens eingestuft.

Die Praktikabilität des Vorschlags von Nadeschda Arbatowa, das bis Ende 2007 geltende PKA durch einen neuen Vertrag zu ersetzen, der auf eine konsequente demokratische Transformation Russlands durch eine schrittweise vollzogene Integration des Landes in die EU abzielt, wird von ihren russischen Fachkollegen mit Skepsis aufgenommen. Russland, so ein russischer Teilnehmer, müsse sich wirtschaftlich und politisch liberalisieren, bevor es sich demokratisieren könne. Das bedeute, dass die Durchsetzung des Gesetzes und der Aufbau einer unabhängigen Gerichtsbarkeit Vorrang vor einer demokratischen Teilhabe haben müsse, für die es derzeit keinen „Demos“ gäbe, weil die Öffentlichkeit nur auf eine Zuschauerrolle beschränkt sei. Um das nächste Stadium zu erreichen, sei die Herausbildung eines selbstbewussten Mittelstandes erforderlich, die aber durch den bürokratischen Würgegriff gehemmt werde. Diese Situation ließe sich entweder durch eine Reform von oben überwinden, was äußerst schwierig sei, oder durch eine bourgeoise demokratische Revolution von unten, die in einem Staat wie Russland äußerst gefährlich sei. Anders als Polen, dessen umfassender Wandel durch die Integration in eine Gemeinschaft fortgeschrittener Staaten erleichtert worden sei, wolle sich Russland nicht in ein supranationales Gebilde eingliedern, sondern müsse seinen Veränderungsprozess ohne fremde Hilfe vollziehen, was in der Regel sehr lange dauern werde.

In der von Timmermann und Arbatowa angestoßenen Diskussion wurde deutlich, dass die Ansichten von Russen und Europäern über das Verhältnis von Werten und Interessen auch künftig stark differieren werden. Offenbar geht man von zwei sehr unterschiedlichen Grundpositionen aus. Dennoch zeigte sich unter den Gesprächsteilnehmern in einigen Punkten Einvernehmen, so darüber, dass ein auf die Wertefrage beschränkter westlicher Druck auf Moskau nichts bewirken kann. Auch sollten die von der europäischen Seite beklagten russischen Implementierungsdefizite bei Grundwerten kein Hindernis für die Realisierung gemeinsamer Interessen in praktisch wertfreien Bereichen sein. Einvernehmen bestand zudem darin, dass Reisefreiheit und Austauschprogramme den politischen Systemwandel positiv beeinflussen, der aber in Russland auf Grund seiner Gesamtentwicklung vorrangig von innen heraus erfolgen muss.

Werte und Interessen: Die Wahrnehmung globaler Verantwortung

Aufgrund des Teilnahmeverzichts von Gernot Erler – Bundeskanzler Schröder hatte völlig überraschend am 22. Mai 2005 vorgezogene Bundestagswahlen angekündigt – konzentrierte sich die Arbeit des Gesprächskreises neben einem Impulsreferat von Boguslaw Liberadzki auf ein Kurzreferat von Dmitrij Trenin zum Thema „Russland-EU-USA: Globale Krisen 2005-2008“.

Nach Auffassung von Trenin wird das bislang hauptsächlich von den Konflikten um Palästina, Irak und Afghanistan geprägte globale Krisenbild in den kommenden drei Jahren erheblich erweitert. Grund dafür sind die bereits laufenden internationalen Auseinandersetzungen um die Kernwaffenprogramme Nordkoreas und des Irans. Nicht gänzlich ausgeschlossen ist die Entstehung eines noch größeren Krisenherdes in der Straße von Taiwan, dessen offener Ausbruch noch im Zeitraum bis 2008 jedoch als wenig wahrscheinlich gilt.

Was die Beteiligung am internationalen Krisenmanagement betrifft, so sind bei einer unstrittigen Führungsrolle der USA die Möglichkeiten eines Zusammenwirkens von Russland und der EU sehr begrenzt, weil beide nicht in alle Krisenherde involviert sind. Dort, wo dies der Fall ist, müssten sie nicht nur ihre Ziele, sondern auch die zu ihrer Durchsetzung erforderlichen Strategien und Taktiken gemeinsam festlegen.

Mit Blick auf den Iran sollte es das gemeinsame Ziel von EU und Russland sein, einen garantierten und verifizierbaren Verzicht auf die Durchführung von Programmen zum Aufbau eines militärischen Kernwaffenpotentials zu erreichen, und zwar im Austausch für internationale Sicherheitsgarantien und die Einbindung des Landes in ein noch zu schaffendes regionales Sicherheitssystem am Persischen Golf. Was Strategie und Taktik zur Durchsetzung dieses Ziels betrifft, so sind klare und eng koordinierte europäisch-russische Positionen für die Gespräche mit dem Iran in den zuständigen internationalen Gremien nötig. In diesem Zusammenhang sollte z.B. der jüngste Moskauer Vorschlag eingehend geprüft werden, die Wiederaufnahme der strittigen Urananreicherung in Iran mit russischer Hilfe zu gestatten. Gleichzeitig müssten sich die EU und Russland darum bemühen, nicht nur einen aufrichtigen politischen Dialog mit dem Iran zu installieren, um die Stellung „realistischer Kräfte“ in der iranischen Führung zu stärken, sondern auch zielgerichtete Kontakte mit den USA und Israel zu unterhalten.

Anders als beim Krisenherd Nordkorea, wo Russland im Rahmen einer Sechsergruppe ohne die EU als Einzelakteur operiert, geht es im Nahen und Mittleren Osten darum,

nicht nur das russisch-europäische Zusammenwirken im Rahmen des internationalen Quartetts zur Regelung des Palästina-Problems fortzusetzen, sondern auch bei den internationalen Bemühungen um eine Stabilisierung des Iraks und Afghanistans eng zusammenzuwirken.

Russische und EU-Interessen im postsowjetischen Raum

Rolf Mützenich, Aurelia Bouchez und Fjodor Lukjanow eröffneten mit einem breiten Fächer von Problemen eine Diskussion über den postsowjetischen Raum, die ein sehr differenziertes Meinungsbild unter den russischen und europäischen Teilnehmern erkennen ließ.

Für einzelne russische Experten ist der Terminus „Postsowjetischer Raum“ aufgrund der Entwicklungen in den vergangenen 15 Jahren im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nicht mehr zeitgemäß. Es sei politisch und begrifflich präziser, von drei Regionen innerhalb dieses Raumes zu sprechen – Neues Osteuropa (europäische GUS-Staaten), Kaukasus und Zentralasien.

Was die EU-Nachbarschaftspolitik gegenüber GUS-Staaten betrifft, so sieht Russland in ihrer praktischen Ausgestaltung einen „neuen Typus von geopolitischer Expansion“, die durch die Tätigkeit zahlreicher NGO's ideologisch bemäntelt werde und für die es offenbar keine Grenzen gebe. Diese Einschätzung stößt auf klaren Widerspruch unter den europäischen Teilnehmern. Bei aller Sympathie für die „Orange-Revolution“ in der Ukraine sei die Ausdehnung der EU in den GUS-Raum überhaupt nicht vorstellbar, weil ein solcher Schritt von den Regierungen und der Bevölkerung der meisten EU-Staaten, Polen und Litauen ausgenommen, strikt abgelehnt werde. Um dies zu begreifen, reiche schon ein kurzer Blick auf die Fülle an inneren Problemen, die nach Abschluss der Osterweiterung der EU bewältigt werden müssten. Einziges Ziel der EU-Nachbarschaftspolitik sei es, die demokratische und marktwirtschaftliche Umgestaltung von GUS-Staaten auf der Grundlage detaillierter Aktionspläne zu unterstützen, um sie für alle internationalen Partner, auch für Russland, voll kooperationsfähig zu machen. Die Erfüllung dieser Aktionspläne eröffne diesen Staaten keine Beitrittsperspektive, gebe ihnen aber unter neuen Voraussetzungen später das Recht, ein Beitritts gesuch an die EU zu richten, die sich aber nicht schon jetzt von ihnen eine neue Beitrittsdiskussion aufnötigen lassen werde.

Ein weiterer Grund für die russische Skepsis gegenüber der EU-Nachbarschaftspolitik liegt darin, dass sich die EU von einzelnen GUS-Staaten für eine Zurückdrängung des

russischen Einflusses instrumentalisieren lasse. Zu dieser Behauptung vermerkt die europäische Seite, dass es auf Seiten der EU nirgendwo eine Bereitschaft gebe, die Rolle eines Ersatzpartners für Russland im postsowjetischen Raum zu übernehmen, weil ein solches Verhalten interessenpolitisch kontraproduktiv sei und obendrein dafür keine Ressourcen zur Verfügung stünden. Vielmehr appelliere die EU immer wieder an die GUS-Staaten, bei der Gestaltung ihrer Kooperationsbeziehungen nicht realitätsblind zu verfahren und das Umfeld in Rechnung zu stellen.

Deshalb wolle die EU auch nicht, wie die russische Seite unterstellt, einzelne GUS-Staaten, wie z.B. die Ukraine, vor die Wahl stellen, sich entweder für einen Gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Russland oder für eine Einbindung in Kooperationsstrukturen mit der EU zu entscheiden. Im Gegenteil: Die EU habe stets, wie das Beispiel der Zentral-europäischen Freihandelszone (CEFTA) zeigt, für einen Ausbau regionaler Wirtschaftsbeziehungen plädiert. Nur für den Fall, dass weitergehende integrative Ziele, wie z.B. die Schaffung einer Zoll- und Währungsunion mit Belarus, Russland und Kasachstan realisiert werden sollten, seien Konsequenzen für Reichweite und Tiefe einer Wirtschaftskooperation der EU mit der Ukraine unvermeidlich. So gesehen müsste eigentlich Russland darüber befinden, ob seinen Wirtschaftsinteressen in einer Freihandelszone mit der Ukraine, wie sie von Kiew jetzt offenbar favorisiert wird, hinreichend gedient sei. Hier scheint die russische Seite noch zu schwanken, ob man auf diese Konstellation mit einer Neujustierung des Kooperationskonzepts klug und besonnen oder mit Strafmaßnahmen, wie z.B. dem Abbau von sektoralen Vorzugsregelungen, reagieren sollte.

Nach russischer Ansicht hat sich mittlerweile der Disput mit der EU über die Ukraine und Georgien weitgehend entschärft. Nun scheint sich eine neue Belastungsprobe für das bilaterale Verhältnis im postsowjetischen Raum anzukündigen. Grund dafür sei, dass die USA, wie die jüngsten Äußerungen von US-Präsident Bush in Bratislava und in Riga belegten, Belarus zu einem neuen Schauplatz im Kampf für Demokratie und Menschenrechte machen wollten, und zwar mit dem erkennbaren Ziel, das Lukaschenko-Regime zu stürzen. Amerikanische Destabilisierungsversuche mit partieller europäischer Unterstützung könnten zu verschärften Repressionsmaßnahmen und als Folge davon zu starken innenpolitischen Turbulenzen in Minsk führen. Unter diesen Umständen sei eine russische Stabilisierungshilfe für die amtierende Führung in Belarus nicht ausgeschlossen, die die Beziehungen zur EU mit Sicherheit empfindlich belasten würde.

Demgegenüber verweist die europäische Seite darauf, dass die EU anders als die USA keinem blinden Aktionismus das Wort redet, sondern in Belarus einer langfristig angelegten Strategie folgt. Sie setzt dort auf einen friedlichen Systemwandel von innen heraus, den sie auf zwei Wegen voranzutreiben sucht, und zwar sowohl durch eine sub-

stantielle Unterstützung alternativer oppositioneller Gruppen im NGO-Bereich als auch durch begrenzte Arbeitskontakte mit der belarussischen Regierung. Das damit verbundene Ziel, auf längere Sicht Belarus als verlässlichen Partner in die europäischen Kooperationsstrukturen einzubinden, müsste eigentlich auch in Moskau auf Zustimmung stoßen.

Aus der kontrovers geführten Diskussion schälte sich als gemeinsamer Nenner heraus, dass ein Wettbewerb zwischen der EU und Russland um die GUS-Staaten, die sich entweder für das russische oder das europäische Kooperationsmodell zu entscheiden hätten, nicht im beiderseitigen Interesse liege. Beide Kooperationsmodelle sollten auf eine mögliche Kompatibilität geprüft werden. Die Belarus-Frage schaffe wegen der Gefahr einer politischen Eskalation neuen Gesprächsbedarf. Die geplante Einbeziehung der EU in eine Lösung des Transnistrien-Konflikts sei als Chance für ein partnerschaftliches Zusammenwirken beim Konfliktmanagement zu begreifen.

Bilanz des EU-Russland-Gipfels vom 10. Mai 2005 in Moskau

Der unmittelbar nach dem Gedenken zum 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Moskau abgehaltene 15. EU-Russland-Gipfel wird in den Einführungsreferaten von Lutz Güllner und Sergej Jastreschembskij einvernehmlich als Erfolg eingestuft. Grund dafür sei die Unterzeichnung der Road Maps für vier Gemeinsame Räume, und zwar für Wirtschaft; für Freiheit, Sicherheit und Justiz; für Äußere Sicherheit sowie für Bildung, Forschung und Kultur. Sollte es gelingen, das in den Road Maps enthaltene Paket von 400 Einzelmaßnahmen voll umzusetzen, könnte ein Niveau „Assoziativer Beziehungen“ zwischen der EU und Russland erreicht werden. Doch die Fülle an komplexen Aufgaben sei beträchtlich. Die wichtigsten davon seien die inhaltliche Präzisierung zahlreicher, recht allgemein gefasster Einzelmaßnahmen sowie eine rasche Verständigung auf das, was prioritär für welchen der vier gleichrangigen Räume, in welchem Zeitrahmen, von welchen Akteuren und mit Hilfe welcher Institutionen konkret und ausgewogen implementiert werden sollte.

Viele der für die Gemeinsamen Räume festgelegten Maßnahmen haben überdies eine hohe Bedeutung für die russische Reformpolitik und werden im Falle ihrer Implementierung auf wichtigen Gebieten das heutige Erscheinungsbild Russlands entscheidend verändern. Davon, so die gemeinsame Hoffnung, werde auch Kaliningrad profitieren, das als Spezialfall in den Road Maps nicht erwähnt ist, weil die Probleme dieses Gebietes gebündelt in einem Unterausschuss des PKA erörtert werden sollen.

Im Zusammenhang mit den Road Maps stellte sich allerdings die Frage nach der künftigen Grundlage der EU-Russland-Beziehungen, weil die Geltungsdauer des PKA zunächst auf zehn Jahre bis zum 1. Dezember 2007 bemessen ist. Sergej Jastreschembskij, der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für die Zusammenarbeit mit der EU, regte in diesem Zusammenhang ausdrücklich an, konkrete Vorschläge im Rahmen des Gesprächskreises auszuarbeiten.

In der Diskussion darüber konzidierte die europäische Seite zwar, dass das PKA hinter den politischen Erwartungen zurückgeblieben ist und dass in die Road Maps Kooperations Themen bzw. Kooperationsbereiche, wie z.B. der geplante Gemeinsame Raum für Freiheit, Sicherheit und Justiz, aufgenommen wurden, die im PKA überhaupt nicht enthalten sind. Ob daraus jedoch bereits jetzt die Forderung nach einem völlig neuen Vertrag abzuleiten sei, bleibe einstweilen offen, weil die Implementierung der Road Maps auf der Grundlage des noch geltenden PKA anlaufen werde. Nach den dabei gewonnenen Erfahrungen müsste jede Seite für sich über das weitere Vorgehen entscheiden. Denkbar seien entweder die Kündigung des PKA durch einen oder beide Partner mit anschließenden, vermutlich sehr zeitaufwendigen Verhandlungen über einen neuen Vertrag oder eine Überarbeitung des geltenden PKA unter Einbeziehung der neuen Wegmarken im bilateralen Verhältnis.

Auf der russischen Seite werden die Akzente anders gesetzt. Von einzelnen Teilnehmern war zu hören, dass die Implementierung des Konzepts der Gemeinsamen Räume nicht nur eine neue Denkweise, sondern anstelle des noch geltenden PKAs einen neuen Vertrag erfordere, der die Bezeichnung „Vertrag über eine besondere Assoziierung zwischen Russland und der EU“ tragen könnte. Ohne diese spezielle vertragsrechtliche Grundlage würde die jetzt getroffene Übereinkunft nicht mehr sein als eine pragmatische Kooperation in kleinen Schritten. Von anderen Teilnehmern wurde mit Blick darauf, dass überall ein Mangel an klaren Vorstellungen von der künftigen Beziehungsperspektive herrsche, nachdrücklich dafür plädiert, die Experten beider Seiten zusammenzuführen und im offenen Dialog einen Ersatz für das PKA zu erarbeiten. Notwendig sei dieses Vorhaben auch deshalb, weil sich bis zum Ende der Geltungsdauer des PKA Russlands internationale Stellung durch die Mitgliedschaft in der WTO verändert habe, die zudem eine Überarbeitung der Road Map für den Gemeinsamen Wirtschaftsraum notwendig mache.

Zum Komplex neuer Verträge mit Brüssel gehörte für die russische Seite auch die vertragliche Regelung eines visafreien Reiseverkehrs zwischen Russland und den EU-Staaten. Grundvoraussetzung dafür sei der Abschluss von Rückführungsabkommen mit Dritt- insbesondere GUS-Staaten, um für Personen aus diesem Hoheitsbereich die illega-

le Einreise über russisches Territorium in die EU zu verhindern. Dafür habe die russische Regierung bereits das Modell eines Rahmenvertrages entwickelt und an 28 Staaten weitergeleitet, die dazu aber unterschiedliche Positionen einnahmen, so dass mit einem Erfolg auf breiter Front kurzfristig nicht zu rechnen sei. Ein „Readmission-Abkommen“ gibt es bislang nur mit Litauen für den Reiseverkehr von und nach Kaliningrad. Unabhängig davon wird sich Russland weiter um Reiseerleichterungen durch eine vereinfachte Visaerteilung bemühen, wie dies durch die bilateralen Vereinbarungen mit Deutschland, Frankreich und Italien erfolgt ist.

Perspektiven nach dem EU-Russland-Gipfel vom 10. Mai 2005

Die Perspektiven der EU-Russland-Beziehungen werden zum Teil davon bestimmt, ob, und wenn ja in welchem Umfang, es gelingt, die skizzierten Aufgaben zu erfüllen. Dazu, so Norbert Baas, Carlo Krieger und Thomas Frellesen in ihren Kurzanalysen, bedürfe es unter dem Dach des Permanenten Partnerschaftsrates nicht nur gut funktionierender Subkomitees z.B. zu Fragen der Umwelt, Energie, Forschung und regionaler Zusammenarbeit. Notwendig sei auch, dass der erkennbare politische Implementierungswille auf beiden Seiten nicht erlahmt. Er sei die wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich der hohe Stellenwert der Partner füreinander nicht im Lichte spezieller politischer Herausforderungen verminderte und dass die schon jetzt virulenten Meinungsunterschiede in Sach- oder Wertefragen durch ein Mehr an Dialog und durch eine pragmatische Herangehensweise überwunden werden könnten. Die vorsichtigen Überlegungen, Einzelmaßnahmen aus den Road Maps in die Reformagenda der russischen Regierung aufzunehmen, sollten für die EU Anlass sein, eine zielgerichtete Hilfestellung für deren Implementierung anzubieten, weil sie zur Schaffung eines leistungsfähigen, modernen, in seinen Strukturen EU-kompatiblen, rechtsstaatlichen und demokratischen Russlands beitrage, das im europäischen Eigeninteresse liegt.

Außerdem gelte es, das Augenmerk nicht nur auf die Road Maps, sondern auch auf das strategische Umfeld zu richten, weil von ihm erhebliche Einflüsse auf die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu erwarten seien. Gemeint ist damit, dass die EU und Russland ein fest institutionalisiertes Dialogforum brauchen, um über die Rolle Chinas, des Schwarzmeerraumes und von Zentralasien für die bilateralen Kooperationsbeziehungen zu sprechen.

Nicht minder wichtig sei es für die Zukunft, auf die Korrektur von Fehlperzeptionen hinzuwirken, um die wechselseitige Akzeptanz zu stärken und die Kooperationsdynamik auf einem hohen Niveau zu halten. Aufgabe der EU müsse es sein, die russischen Ent-

scheidungsträger davon zu überzeugen, dass eine klare Definition ihrer Interessen nichts zutun hat mit dem wachsenden Einfluss russlandfeindlicher Kräfte unter den neuen EU-Mitgliedstaaten. Aufgabe der russischen Seite müsse es sein zu vermeiden, dass die russische Auffassung von Rechtsstaatlichkeit mit dem Bild identifiziert würde, das den Angeklagten Chodorkowskij bei der Gerichtsverhandlung im Käfig zeigte. Schließlich seien die EU und Russland dazu angehalten, auf der neuen Geschäftsgrundlage, wie sie durch den EU-Russland-Gipfel geschaffen worden sei, zu versuchen, nach den neuen kooperativen Ansätzen in der Tschetschenien-Frage auch gemeinsam eine einvernehmliche Lösung des Transnistrien-Konflikts sowie einen demokratischen Wandel in Belarus herbeizuführen.

In abschließenden Kurzbeiträgen machten Dmitrij Poljanskij und Lutz Güllner deutlich, dass die Implementierung der Road Maps zu Veränderungen im gesamten Erscheinungsbild der Partner führen werden. Dabei dürften die für die EU anfallenden Probleme, so die russische Einschätzung, voraussichtlich eine größere Dimension haben als diejenigen, die von Russland zu bewältigen seien. Demgegenüber macht die europäische Seite geltend, dass diese Veränderungsdynamik für beide Partner die große Chance biete, bereits bestehende Interdependenzbeziehungen schrittweise zu erweitern und zu vertiefen. Nur auf dieser Basis werde es möglich sein, wechselseitige Fehleinschätzungen der tatsächlichen Interessen jedes Partners auszuräumen und ihre Verdichtung zu politischen Konflikten zu verhindern. Für die EU und für Russland gebe es zum Imperativ der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Road Maps keine überzeugende Alternative.

Ein schöner Traum von den Gemeinsamen Räumen Russland und die Europäische Union: Konflikt der Wertesysteme oder System- krise in den Beziehungen?

Nadeschda Arbatowa

Direktorin des wissenschaftlichen Komitees "Russland im vereinigten Europa"

Die europäische Integration, eines der umfangreichsten Projekte im 20. und im 21. Jahrhundert, ist mit einem bestimmten Wertesystem untrennbar verbunden, dessen Ursprünge im Christentum, in der katholischen und christlich-demokratischen Philosophie liegen. Diese Werte schlagen sich auch im politischen System der europäischen Länder, in ihrer politischen Kultur, in einer bestimmten europäischen Ethik nieder. Das grundlegende Dokument der EU, die neue Verfassung, die von den Mitgliedstaaten der erweiterten EU verabschiedet werden soll und deren Ratifizierung nun nicht so reibungslos vonstatten geht, wie man es sich vorgestellt hat, verkörpert die europäischen Grundwerte.

Diese Wertegrundsätze lassen sich nach Meinung des englischen Wissenschaftlers Michael Emerson in zehn Schwerpunkten zusammenfassen:

- wahre Demokratie und Achtung der Menschenrechte und des Gesetzes;
- Garantie des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Kapitalen und Arbeitskräften;
- Sicherung der sozialen Bindung zwischen Menschen, Regionen und dem Staat;
- Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zugunsten künftiger Generationen;
- Ablehnung von nationalistischen Erscheinungen jeglicher Art und Förderung der multiethnischen Zusammensetzung der Gesellschaft;
- Unterstützung der föderativen vielseitigen Verwaltung;
- Gewährleistung der weltlichen Staatsführung und Unterstützung des kulturellen Pluralismus in der Gesellschaft;
- Entwicklung einer multilateralen Weltordnung in den internationalen Angelegenheiten;
- Verzicht auf ungerechtfertigte Bedrohungen oder direkte Gewaltanwendung gegen andere;
- Offenheit der EU, Bereitschaft zur Integration in Bezug auf ihre Nachbarn².

² Michael Emerson, What values for Europe? The ten Commandments. // CEPS Policy Brief, No.65, February, 2005. P.1

Heute redet man viel von der Inkompatibilität des europäischen und des russischen Wertesystems, was angeblich das Haupthindernis für die Einbeziehung Russlands in die Integrationsprozesse, die sich heute in Europa entwickeln, darstellt. Es bestehen viele Mythen und Stereotypen über eine angebliche Neigung der Russen zum Autoritarismus, zur Ablehnung der Demokratie als solcher. Um die sakramentale Frage beantworten zu können, ob Russland und Europa wirklich miteinander unvereinbar sind, ist es notwendig, auch auf andere Fragen Antworten zu geben. Gibt es gemeinsame Berührungspunkte zwischen Russland und der EU gerade beim Wertesystem? Inwieweit steht die EU selbst zu ihren Prinzipien? Wie beeinflusst die Integration das bestehende Wertesystem in Europa? Und wo liegt der tatsächliche Grund für die heutigen Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen Russland und der EU?

Das „polemische Element“ der politischen Kultur

Auf die tragische Erfahrung der blutigen Kriege zurückblickend, hat Europa ein einzigartiges System zwischenstaatlicher Beziehungen geschaffen, das auf der Vorrangstellung der Verhandlungen und Kompromisslösungen über grobe militärische Gewalt, auf Toleranz und Evolution als grundlegende Methoden bei der Ausbreitung der Stabilitäts- und Prosperitätszone auf dem Europäischen Kontinent sowie auf Achtung der Minderheitenrechte beruht. Auf diesem Wertesystem baut sich heute das Herangehen der Europäischen Union an die internationalen Beziehungen und an einzelne Staaten auf. Die Kompatibilität eines Staates, der der EU beitreten will, mit dem europäischen Wertesystem gilt als Kriterium seiner Bereitschaft und seiner Erfolgschance.

Nach dem Zerfall des kommunistischen Systems fürchtete Europa eine Invasion von „Barbaren“, denen die europäischen Werte fremd waren, aus den post-totalitären Staaten, die aus der UdSSR und dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangen waren. Paradoxerweise haben jedoch die alternden und sich nach Arbeitskräften sehnenenden europäischen Länder Anfang der 90-er Jahre Einwanderern aus dem südlichen Mittelmeerraum, die zu einer völlig anderen Kultur gehörten, „grünes Licht“ gegeben, noch bevor die EU ihre Strategie in Bezug auf das post-kommunistische Europa formuliert hat. Das hat in nicht unerheblichem Maße dazu beigetragen, dass sich in Europa der Nährboden für islamistischen Extremismus bilden konnte.

Das Ende des „kalten Krieges“ hat Unterschiede in der politischen Kultur deutlich gemacht, und zwar nicht nur zwischen dem „alten Europa“ und den Ländern, die aus dem „kommunistischen Nest“ hervorgegangen sind, sondern auch zwischen Europa und sei-

nem engsten Verbündeten in der NATO, den USA. In diesem Sinne hat sich der Begriff „Westen“ in zwei Hauptkomponenten geteilt: Europa und die USA. Das der VN-Charta widersprechende gewaltsame Vorgehen in Jugoslawien und im Irak, die Misshandlung von Gefangenen auf Guantanamo und in Abu Ghraib wurden von einem Staat und dessen Bürgern begangen, der Anspruch auf die führende Rolle in der freien Welt erhebt und auf eine langjährige Erfahrung demokratischer Entwicklung zurückblicken kann, und nicht vom post-kommunistischen Russland, welches sich bereits seit über zehn Jahren in einem Transformationsprozess befindet³.

Das Herangehen der EU an die internationalen Angelegenheiten, das auf ihrem eigenen Wertesystem beruht, steht heutzutage in einem ganz besonderen Kontrast zum Herangehen der USA. Wie Robert Kagan in seinem bekannten Artikel zur Rolle Europas und der USA in der neuen Weltordnung schrieb, stammen „die Amerikaner vom Mars und die Europäer von der Venus“⁴. Die Methode, die in Washington bevorzugt wird, beruht auf direkter Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, die den USA unangenehm sind, und weist eine ausgeprägte militärische Natur auf. Die negative Seite einer solcher Methode besteht darin, dass sie in der Regel nur kurzfristig wirksam, oberflächlich und teuer ist. Beim Herangehen der EU handelt es sich gerade um das Gegenteil – es sieht eine indirekte und nicht gewaltsame Einbeziehung in die Angelegenheiten anderer Länder vor und hat einen wirtschaftlichen Charakter, deshalb bringt es langfristig spürbare Ergebnisse und ist relativ billig⁵. „Wenn Länder in die Einflusszone der EU gelangen“, so Mark Leonard, Direktor des Zentrums für Außenpolitik, „verändern sie sich für immer.“⁶

Was heutzutage hauptsächlich für Reizstoff in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa sorgt, ist die Neigung der Vereinigten Staaten, einseitig zu handeln, die Rolle der militärischen Gewalt zu überschätzen und andere Instrumente der Einflussnahme auf die so genannten Schurkenstaaten zu ignorieren. Die Europäer sind auch über die Vernachlässigung völkerrechtlicher Verträge durch die USA besorgt. In all

³ Es ist wichtig zu betonen, dass Unterschiede in der politischen Kultur – natürlich auf einer anderen Ebene - zwischen den westeuropäischen Staaten und ihrem Hauptverbündeten, den USA, auch früher existierten. Dieses „polemische Element“ zwischen den euro-atlantischen Partnern wurde in der Zeit der bilateralen Konfrontation durch die „Bedrohung vom Osten“, die Gefahr eines globalen Konflikts, dem Europa ohne Unterstützung der USA nicht hätte widerstehen können, einfach nivelliert. Gerade deswegen hatte die europäische Integration im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik keine Erfolgchancen. Nur das Ende der bipolaren Weltordnung und die Beseitigung der Gefahr eines globalen Konflikts haben die Abhängigkeit Europas von den USA im militärischen Bereich reduziert, indem sie den Charakter des europäischen Aufbaus verändert, dabei aber objektive Unterschiede in der politischen Kultur Europas und der USA zutage gebracht haben.

⁴ Robert Kagan, „Of Paradise and Power. America and Europe in the New World order“? // Atlantic Books, London 2003.

⁵ Steven Everts, „An asset but not a model: Turkey, the EU, and the Wider Middle East“ // Center for European Reform, London, 2005. P.1.

⁶ Mark Leonard, „The road to a cool Europe“ // New Statesman, June 16th, 2003.

diesen Fragen sind die Positionen Russlands und Westeuropas sehr nah zueinander. Sie sind fast einstimmig, wenn es um die Neigung der USA zu einseitigen Handlungen sowie um den Austritt der Vereinigten Staaten aus dem AMD-Vertrag, den Verzicht auf die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls und einer ganzen Reihe anderer wichtiger Schwerpunktrichtungen geht. Hier sind jetzt die Interessen Russlands und Europas viel näher zueinander, als die Interessen Europas und die der Vereinigten Staaten. Das ist ein völlig neues Phänomen, welches es in der Vergangenheit nie gegeben hat.

Die Zusammenarbeit Russlands mit den USA und ihren Verbündeten bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 hat gute Voraussetzungen für eine gemeinsame Antwort auf die neue Herausforderung der Weltsicherheit, allerdings nicht für eine weitere Integration Russlands in die euroatlantischen Institute geschaffen. Die eindeutige Unterstützung der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan durch Russland hat viele Politikforscher veranlasst, von einem qualitativen Durchbruch in den Beziehungen Russlands mit dem Westen, vor allem mit den USA und der NATO, zu reden. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg und der Anti-Hitler-Koalition standen Russland, Europa und die USA vor der Herausforderung eines gemeinsamen Feindes. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass sich „infolge der September-Tragödie“ eine breite Antiterror-Koalition auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Werte gebildet habe und dass Russland endlich eine klare Antwort auf die ewige Frage „Europa oder Asien?“ gegeben und somit seine Treue den europäischen Werten bestätigt habe. Dass die USA die Notwendigkeit multilateraler Handlungen erkannt hätten und dass sich in der EU die Integration im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit beschleunigt habe. Dass sich die NATO stärker in eine mehr politische und somit für eine Partnerschaft mit Russland akzeptablere Organisation umwandle.⁷ Anders gesagt, es seien Voraussetzungen für die Gestaltung eines gemeinsamen Raums entstanden, der auf gemeinsamen Grundwerten der weltpolitischen Kultur – Kompromisslösung zwischen extremen Standpunkten, Verzicht auf Doppelmoral, Achtung der völkerrechtlichen Normen etc. – beruht.

Allerdings muss man heute feststellen, dass in den Beziehungen Russlands mit dem Westen, einschließlich der EU und der NATO, keine radikale Veränderung eingetreten ist. Der Krieg, den die USA gegen den Irak begonnen haben, hat den Anstoß zu einer neuen Spaltung in den Beziehungen und politischen Herangehensweisen einzelner Länder im euroatlantischen Raum gegeben. Dabei verläuft diese Kluft, im Unterschied zur vorherigen, nicht zwischen Ost und West, d.h. nicht zwischen Russland einerseits und

⁷ Europa nach dem 11. September 2001. Beitragssammlung. // Komitee „Russland im vereinten Europa, Moskau, 2002. S. 9.

Europa sowie den USA andererseits, sondern innerhalb der euroatlantischen Gemeinschaft.

Die Einbeziehung Russlands in die internationale Zusammenarbeit gegen die terroristische Bedrohung nach dem 11. September hatte eine äußerst positive Auswirkung auf die innere Entwicklung Russlands. Es wurden mehrere Strafverfahren wegen Spionage gegen russische Wissenschaftler und Journalisten sowie Angriffe auf unabhängige Medien eingestellt; es setzten Bemühungen um eine politische Lösung des Tschetschenien-Problems ein, so auch Verhandlungen mit einem Vertreter von Maschadow in Mineralnye Wody. Im Kreml verstand man immer mehr: Mitglied einer Antiterror-Koalition zu sein, deren Rückgrat die Länder Europas und die USA bilden, heißt nach einheitlichen Regeln zu handeln und zivilisierte Verhaltensnormen zu erfüllen. Allerdings hatte die mangelnde Bereitschaft Europas und der USA, Russland als gleichberechtigten Partner anzuerkennen, was für die Partner Russlands eine tief greifende Revision ihres bisherigen Kurses bedeuten würde, äußerst negative Folgen, auch für unsere innere Situation – sie hat antiwestliche Einstellungen in der russischen Gesellschaft verstärkt. Das hat dazu geführt, dass Russlands außenpolitische Wahl nicht mehr unumkehrbar wurde, ebenso wie die Veränderungen in der Außenpolitik der USA in Richtung des „Multilateralismus“. Die NATO hat vielmehr ihre Unfähigkeit demonstriert, den neuen Herausforderungen in der Sicherheitspolitik zu begegnen, was im krassen Unterschied zu den von ihr erklärten neuen politischen Funktionen steht.

Die EU-Länder, von denen viele auch Mitglieder in der NATO sind, haben in ihren Beziehungen zu Russland ihr Hauptprinzip verletzt, das in Bezug auf andere Länder, insbesondere die Türkei, Anwendung findet. Dieses Prinzip besteht darin, dass die Integration neuer Mitglieder in den europäischen Aufbau eine notwendige Voraussetzung für deren Entwicklung in Richtung Demokratie und die Förderung europäischer Normen und Werte in diesen Länder ist.

Festzuhalten ist: Indem die Europäische Union die Treue zu ihren Werten deklarierte und seine europäische politische Kultur durchsetzte, war sie selbst dabei nicht immer tadellos und konsequent. So hat die EU im Dezember 1991, während des Krieges in Kroatien, die Kriterien für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion bestätigt. Zu diesen Kriterien mussten „die Garantien der Rechte von ethnischen und nationalen Gruppen in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen, die im Rahmen der OSZE übernommen wurden, und die Achtung der Unverbrüchlichkeit der Grenzen, die nicht verändert werden können mit Ausnahme der Fälle, wenn dies mit friedlichen Mitteln und auf der Grundlage der einhelligen Zustimmung [der Seiten] ge-

schieht“ gehören.⁸ Gerade diese Prinzipien bildeten die Grundlage für das Urteil des Schiedsausschusses. Dennoch hat die EU unter deutschem Druck die Unabhängigkeit Bosniens anerkannt, um die in Maastricht erreichte Einhelligkeit nicht in Gefahr zu bringen, ohne auf der strikten Einhaltung der von ihr früher erklärten Kriterien zu bestehen und ohne der Position der bosnischen Serben gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Der demonstrative Boykott des Referendums zur Frage der Unabhängigkeit von Bosnien-Herzegowina am 29. Februar – 1. März 1992 seitens der bosnischen Serben sollte nicht als Anlass für die Missachtung der Wünsche der Serben, sondern als eine eindeutige Warnung vor überstürzten und unumkehrbaren Schritten gesehen werden.

Die EU hat in gewissem Maße auch während der Kosovo-Krise 1999 gegen ihre eigenen Prinzipien verstoßen. In privaten Gesprächen mit Vertretern der Clinton-Administration erklärten die Oberhäupter von Frankreich, Deutschland und Großbritannien, dass sie sich an den Luftangriffen gegen Jugoslawien nur dann beteiligen würden, wenn diese für die Unterbindung eines offenen und massenhaften Blutvergießens notwendig seien. Allerdings bestanden sie darauf, dass die Entscheidungen auf einer entsprechenden VN-Resolution beruhen müssen.⁹ Wie wir wissen, hat sich die Geschichte anders entwickelt. An der militärischen Intervention der NATO gegen Jugoslawien beteiligten sich auch EU-Mitgliedsstaaten. Der Schutz der Minderheitenrechte, zu dem sich die EU in seinen Deklarationen bekennt, hängt oft mit dem Problem des Separatismus eng zusammen. Wenn der Kosovo im post-kommunistischen Serbien und Montenegro, wo das Regime, unter dem die ethnischen Albaner unterdrückt wurden, nicht mehr existiert, das Recht auf Selbstbestimmung hat, warum steht dieses Recht Abchasien und Südossetien nicht zu?

Diese Beispiele zeugen offensichtlich von einem Paradox innerhalb der EU-Politik. Die EU-Prinzipien, die für den europäischen Aufbau grundlegend sind, wurden geopfert, wenn es um die Erhaltung der europäischen Einigkeit ging. Eine Ausnahme war die Krise um den Irak, als die führenden EU-Länder Frankreich und Deutschland zusammen mit Russland gegen die gewaltsame Einmischung der USA aufgetreten sind.

⁸ Diplomatscheski Westnik, Nr. 1. 15. Januar 1992. S. 47.

⁹ Hoagland J. The US Role in the Balkans Expands Stealthily // International Herald Tribune. Frankfurt, 1998. Oct.26. P.6.

Der „Kommunistische Mantel“ fällt...

Selbstverständlich unterscheidet sich die neue Erweiterungsphase der Europäischen Union grundsätzlich von den vorherigen – sowohl hinsichtlich der Anzahl der Beitrittsländer, als auch hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen diesen Ländern. Es besteht kein Zweifel auch daran, dass der EU-Beitritt der assoziierten Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa, einschließlich der post-sowjetischen baltischen Staaten, für Russland sowohl wegen konkreter Probleme – Stichwort Kaliningrad – als auch wegen der Einflussnahme der ehemaligen „Ostblock“-Mitglieder auf die Russlandpolitik der Europäischen Union von besonderer Bedeutung war. Außerdem war die Charta der europäischen Normen für die Länder mit gewachsener demokratischer Tradition erstellt. Wer hätte sich vorstellen können, dass mit dem Beitritt der baltischen Staaten in der EU eine Kategorie der „Nichtbürger“ entsteht, die für die europäischen Werte eine Herausforderung darstellt? Formell widerspricht jedoch dieser Sachverhalt paradoxerweise gerade deswegen nicht dem *acquis communautaire*, weil niemand sich einmal vorstellen konnte, dass es im „alten Europa“ eine Kategorie der „Nichtbürger“ geben kann.

Die Hauptbedingung für den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa war die Erfüllung der so genannten Kopenhagener Kriterien, die neben den wirtschaftlichen Faktoren auch einen gewissen Stand an demokratischer Entwicklung in den Beitrittsländern vorsahen. Die Strategie der EU in Bezug auf das post-kommunistische Europa in den 1990-er Jahren basierte auf zwei Schwerpunkten: Stabilisierung durch regionale Zusammenarbeit der besonders problemträchtigen Länder und Regionen Mittel- und Osteuropas und Integration der besonders gut vorbereiteten Länder in die EU, mit denen Assoziierungsabkommen geschlossen wurden. Allerdings sahen selbst die Stabilisierungspläne eine Übergangsform vor, und zwar die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Das Format des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens, das 1994/1995 Russland, der Ukraine, Weißrussland und Moldau angeboten wurde, befand sich außerhalb dieser Strategie. In der Tat – wenn auch vielleicht nicht so offen, wie im Fall der NATO – bedeutete dies eine Neuteilung des europäischen post-kommunistischen Raums zwischen den Ländern, die in die Integrationspläne der EU eingeschlossen waren, und den Ländern des so genannten Großen Europas, denen eine andere Form der Beziehungen angeboten wurde. Diese Tatsache wurde von Russland, das zu den EU-Erweiterungsplänen im Prinzip positiv eingestellt ist, nicht sofort erkannt.

Es ist bekannt, dass der Nationalismus in seinen offenen Formen die Entwicklung der europäischen Integration besonders stark beeinträchtigt. Interessant sind die Angaben des lettischen Ministeriums für soziale Integration für das Jahr 1999. Eine Umfrage, die nicht nur in den post-kommunistischen Ländern Europas, darunter Russland, die Ukraine

und Weißrussland, sondern auch in führenden EU-Ländern durchgeführt wurde und die Frage beinhaltete, „Wen möchten Sie nicht als Ihren Nachbarn sehen – einen Zigeuner, einen Moslem, einen Gastarbeiter oder einen Juden?“, ergab überraschende Resultate. Als das nationalistischste Land erwies sich Ungarn, aus Sicht der EU einer der am wenigsten problematischen Beitrittskandidaten. 68,6 Prozent der Befragten in Ungarn halten Zigeuner für unerwünschte Nachbarn, für 60,3 Prozent sind es Moslems, für 62 Prozent Gastarbeiter, für 52 Prozent Juden. Zum Vergleich die Umfrageergebnisse in Russland: jeweils 45,6 Prozent, 13,8 Prozent, 11 Prozent und 8,1 Prozent; Umfrageergebnisse in Deutschland: jeweils 32,4 Prozent, 11 Prozent, 8,6 Prozent und 4,8 Prozent¹⁰.

Die Ursprünge des Nationalismus sind vielfältig und hängen nicht nur mit der Geschichte und mit nationaler Erniedrigung zusammen. Der Nationalismus findet seinen Nährboden sowohl in sozialen und wirtschaftlichen Problemen, als auch in politischen und psychologischen Erschütterungen. So brachte die terroristische Bedrohung nach dem 11. September die Wichtigkeit der sicherheits- und verteidigungsrelevanten Probleme ans Tageslicht, indem sie deren Vorrang vor anderen Lebensbereichen der EU zum ersten Mal verdeutlichte. Zugleich war die unmittelbare Auswirkung der September-Ereignisse auf die europäische Integration bei weitem nicht eindeutig, da dort, wo es um „Leben und Tod“ geht, was gerade beim Schutz der Bürger vor der Bedrohung des Terrorismus der Fall ist, die Rolle des Staates wächst, dem mehr Autonomie und Rechte auf nationaler Ebene zukommen. Der Ausbruch des Nationalismus in solchen Wohlstandsländern des alten Europas wie Holland und Frankreich ist der beste Beweis dafür. Mit anderen Worten, die Neigung zum Nationalismus ist kein exklusives „Privileg“ Russlands und anderer post-sowjetischer Staaten.

Zweifellos wird die Anpassung der neuen Mitglieder viel Zeit und Aufwand erfordern. Nach sehr vorsichtigen Schätzungen russischer Experten könnte dieses Ziel in 15 bis 20 Jahren erreicht werden, da die Europäische Union nach dem Beitritt der neuen Mitglieder äußerst komplexe interne Probleme zu lösen hat, denn die neuen Mitglieder müssen organischer Teil des gemeinsamen Binnenmarktes werden und der Wirtschafts- und Währungsunion beitreten. Das französische und holländische „Nein“ zur EU-Verfassung erklärt sich durch die Befürchtungen der Bevölkerung Frankreichs und der Niederlande hinsichtlich negativer Folgen der EU-Erweiterung für den Lebensstandard in den Ländern des „alten Europas“. Bildhaft ausgedrückt, kann man das Scheitern der Volksabstimmungen zur EU-Verfassung in Frankreich und Holland als „Nein“ zum „polnischen Installateur“, als Protest gegen den Zustrom billiger Arbeitskräfte aus dem „neuen Europa“, als mangelnde Bereitschaft zur weiteren Integration der EU-Länder mit ihren Nach-

¹⁰ Cultural Diversity and Tolerance in Latvia. Data Facts Opinions // Secretariat of the Special tasks Minister for Social Integration. Riga, 2003. P.22.

barn einschätzen. Es ist ganz offensichtlich, dass die ursprünglichen Pläne Brüssels, die Erweiterung mit der Vertiefung der europäischen Integration reibungslos zu verbinden, gescheitert sind.

Die schmerzhafteste Reaktion der „alten Europäer“ auf die überstürzte EU-Erweiterung kann nicht ohne Folgen für den Plan der weiteren EU-Erweiterung bleiben. Dennoch bleibt diese Aufgabe auf der Tagesordnung der EU: es steht die EU-Erweiterung um die Länder Südosteuropas – Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Türkei und möglicherweise langfristig auch um Bosnien und Herzegowina, Albanien, Mazedonien, Serbien und Montenegro bevor, die zu den rückständigsten Ländern Europas gehören. Offen bleibt auch die Frage des möglichsten Beitritts der Ukraine, Moldaus und anderer Länder der ehemaligen UdSSR. Welche Auswirkung wird die Erweiterung auf das europäische Wertesystem haben, werden der politischen Zweckmäßigkeit halber die Wertestandards eventuell tiefer gesetzt? Auf diese Frage gibt es keine fertige Antwort.

Einen besonderen Platz in der EU-Strategie und in der Zukunft der europäischen Normen und Werte nimmt die Türkei ein. Sowohl aus Sicht der Kultur, als auch aus Sicht der Religion ist Russland in höherem Maße ein europäisches Land, als die Türkei. Dennoch gibt es vergleichbare äußere Merkmale zwischen Russland und der Türkei. Das Territorium der beiden Länder liegt sowohl in Europa, als auch in Asien. Allerdings ist die Mehrheit der Bevölkerung Russlands im Unterschied zur Türkei im europäischen Teil des Landes konzentriert und die Bevölkerung, die östlich vom Ural lebt, ist größtenteils auch europäisch. In den beiden Ländern ist die Demokratie noch bei weitem nicht perfekt und entspricht nicht in vollem Umfang den EU-Normen. In den beiden Ländern spielen die Armee und ihre Führungsschicht eine besondere Rolle. Und wobei deren Rolle in Russland traditionsgemäß konservativ ist, hängt von ihnen in der Türkei die prowestliche Orientierung des Landes ab, was ebenfalls unsinnig ist, da die Demokratie nicht vom guten Willen der Militärs abhängen darf.

Dennoch ist die Türkei im Unterschied zu Russland ein EU-Beitrittskandidat. Eines der Argumente Brüssels ist der Hinweis auf den Wunsch der Türkei selbst, Mitglied der EU zu werden. Allerdings fällt es nicht schwer, sich die Reaktion der Bürokratie in Brüssel vorzustellen, wenn Russland einen Beitrittsantrag stellen würde. So etwas würde vielleicht nicht nur Brüssel, sondern auch die Oberhäupter der führenden Ländern Westeuropas, die besondere Beziehungen zum Kreml und zu Präsident Putin persönlich pflegen, in eine schwere Lage versetzen. Es scheint, dass das Hauptargument der Türkei bei ihrem Anspruch auf einen EU-Beitritt ihre Mitgliedschaft in der NATO und somit ihre Zugehörigkeit zum traditionellen Sicherheitssystem des Westens ist. Darüber hinaus ist, so eine Reihe europäischer Wissenschaftler, die außenpolitische Kultur der Türkei näher zur

amerikanischen, als zur europäischen. Und selbst wenn die Türkei einen langen Weg zurücklegen muss, bevor sie EU-Vollmitglied wird, entsteht logischerweise die Frage der Grenzen Europas. Wenn die Türkei im Prinzip EU-Mitglied werden kann, so warum nicht etwa Aserbaidshan, und wenn schon Aserbaidshan es kann, warum nicht vielleicht Usbekistan usw.?

Zweifellos kann ein Moslem sich persönlich zu den europäischen Werten und den demokratischen Grundsätzen bekennen und sich in die Gemeinschaft der europäischen Länder integrieren. Allerdings lassen sich, wie die Erfahrung vieler EU-Länder zeigt, die gesamten moslemischen Gemeinschaften schlecht ins Gesellschaftsleben dieser Länder integrieren; sie bleiben fremde Enklaven und Hauptbasis für die Anwerbung von Freischärlern für den globalen Dschihad gegen Andersgläubige. Wie kann dieses Phänomen die europäische Entwicklung beeinflussen, zu deren Hauptsäulen Einigkeit und Vertrauen der Bevölkerung in den EU-Ländern gehören?

Es ist nur eins klar: vor dem Hintergrund der ungelösten Frage der östlichen EU-Grenzen, insbesondere des Platzes Russlands in der sich erweiternden Union, bleiben die südlichen Grenzen der Europäischen Union die wichtigste Frage für die Zukunft der europäischen Integration und für das europäische Wertesystem.

Den Partner in Reichweite halten

Heute kann man eine überraschende Einhelligkeit der „Konservativen“ sowohl in Russland, als auch in der EU beobachten, die das „alte“ Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) und das traditionelle Verhalten zum Platz und zur Rolle Russlands in Europa unterstützen – abgesehen vom Unterschied in der Natur des russischen und des europäischen Konservatismus. Und obwohl die Verführung es durch die Inkompatibilität der Wertesysteme Russlands und der EU zu erklären groß ist, lässt sich dieser Sachstand in der Tat in erster Linie damit erklären, dass die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union heute eine Systemkrise erleben. Die Quantität der Probleme, die sich inzwischen angehäuft haben, wirkt sich auf ihre Qualität aus; dabei fehlen den beiden Seiten strategische Ziele und eine Vision des Platzes Russlands in den Integrationsprozessen, die sich in Europa stürmisch entwickeln. Die stattgefundenen EU-Erweiterung hat dieses fundamentale Problem in den Beziehungen zwischen den Partnern, die die Zeit einer tief greifenden Transformation erleben, nur zusätzlich unterstrichen.

Die EU will die interne Agenda der Europäischen Gemeinschaften zur Umsetzung der revolutionären Veränderungen im Zusammenhang mit der Erweiterung und Vertiefung

der europäischen Integration durch den so genannten Faktor Russland nicht belasten. Brüssel drückt seine Besorgnis um das Schicksal der Demokratie in Russland, um deren Kompatibilität mit europäischen Normen und Grundsätzen aus. Das Vertrauensdefizit in Bezug auf Russland, das sowohl auf die Last der Vergangenheit, als auch auf seine heutige Entwicklung zurückzuführen ist, veranlasst die EU dazu, von seinem östlichen Nachbarn Abstand zu halten und ihn hauptsächlich in Bezug auf „Erdöl, Erdgas und Atomwaffen“ wahrzunehmen.

Russland ist immer noch auf der Suche nach seiner nationalen und politischen Identität, nach seinem Platz in der euroatlantischen Region und in der Welt und gibt seinem europäischen Partner keine klare Antwort auf die Frage, welcher Staat heute an den Grenzen der EU aufgebaut wird.

In diesem Zusammenhang stellt sich heute für die EU die Frage anders als noch vor einem Jahrzehnt. Es geht nicht um die Entwicklung der Beziehungen zu einem Russland, das in die Familie der durch gemeinsame Werte verbundenen Völker schnell zurückkehrt, sondern um den Aufbau einer Strategie in Bezug auf ein Russland, dessen innenpolitische Entwicklung seiner Außenpolitik immer stärker widerspricht und letztendlich zu einer Revision des außenpolitischen Kurses führen kann.

Die russische Außenpolitik ist auf die Kooperation mit der EU und anderen westlichen Partnern orientiert, wovon nicht zuletzt die vor kurzem stattgefundenen Ratifizierung des Kyoto-Protokolls sowie des Protokolls zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU durch die Staatsduma und die Bemühungen um den WTO-Beitritt zeugen. Aber es gibt auch eine Innenpolitik, die auf die harte Zentralisierung der Macht, auf die Unterdrückung der Opposition, auf das Zusammenwachsen des Staates mit den größten Wirtschafts- und Finanzgruppen ausgerichtet ist. Diese Dichotomie stellt ein ernsthaftes Hindernis für die partnerschaftlichen Beziehungen zur Europäischen Union dar, weil sie diese zwangsläufig auf eine eingeschränkte Zusammenarbeit herabstuft.

Was sind denn die Ursprünge der heutigen Probleme bei den Beziehungen zwischen Russland und der EU? Neben den internen Transformationsproblemen der russischen Gesellschaft liegt ein weiterer fundamentaler Grund darin, dass Russland in der Strategie der EU im post-kommunistischen Raum nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung nie berücksichtigt wurde, was auch für die günstigste Zeit der internationalen Beziehungen Anfang der 1990-er Jahre galt.

Während die EU die Demokratisierung in Russland unterstützte und die Bedeutung ihres östlichen Nachbarn anerkannte, umging sie nachhaltig die Frage über den Platz Russ-

lands im zusammenwachsenden Europa. Das trug weder zur russischen Definition der eigenen Identität als europäisches demokratisches Land noch zur Systemtransformation des Landes bei. Die EU hatte kein allgemeines Konzept zur Unterstützung der demokratischen Reformen in Russland, abgesehen von engspezifischen Kooperationsprojekten in einzelnen Feldern. In diesem Zusammenhang gibt es in der russischen Führung und – was noch wichtiger ist – in der Gesellschaft keine klare Vorstellung darüber, was eine europäische Integration Russland für seine Wirtschaftsentwicklung, für seine Sicherheit und für die langfristige politische Stabilität bedeuten kann.

Außerdem sind Europa und die USA, die nicht für die Demokratie in Russland Partei genommen haben, sondern für Menschen, die sich Demokraten nennen oder in der Vergangenheit als Demokraten galten, zu den Geiseln dieser Menschen und ihrer Fehler geworden. Gerade im Oktober 1993, mit dem ersten Blutvergießen im unabhängigen Russland begann der Verfall des Jelzin-Regimes. Als er bei seinem Kampf gegen die Opposition zu unzulässigen Methoden überging, verursachte er die späteren Probleme – den Sieg der Konservativen und Nationalisten bei den Parlamentswahlen im Dezember 1993, die Präsidentialverfassung mit einem deutlichen autoritären Beigeschmack, den ersten Tschetschenien-Krieg und vieles anderes, einschließlich der Tätigkeit einer gewissen „Familie“. Ohne die Verantwortung für eigene Sünden auf andere abzuschieben, muss man dennoch einräumen, dass der Westen dabei kein untätiger Beobachter war. Heute kann man nur raten, welchen Weg Russland gegangen wäre, wenn „Freund Bill“ und „Freund Helmut“ ihren „Freund Boris“ nicht unterstützt und über die verfassungswidrigen Handlungen der russischen Radikaldemokraten im Namen der marktwirtschaftlichen Reformen und – wie auch immer ungeheuerlich das klingen mag – im Namen der Demokratiebehauptung nicht hinweggesehen hätten.

Sowohl die führenden EU-Länder, als auch die USA haben – im Unterschied zur russischen Öffentlichkeit – für den ersten Tschetschenien-Krieg Verständnis gezeigt, wobei sie auf einen schnellen Sieg des Kremls gehofft haben, der für Jelzin lebenswichtig war, um seine Positionen innerhalb des Landes zu stärken. Aber gerade der erste Krieg in Tschetschenien, der am Anfang durch die führenden westlichen Länder de facto gebilligt wurde, brachte später für Europa und die USA einen neuen Beweis für die Unvorhersagbarkeit Russlands und ein weiteres Argument für die NATO-Osterweiterung, denn eben dieser Krieg war die Ursache des Tschetschenien-Problems in seiner heutigen Form. Aber hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen, Todesopfer und des menschlichen Leids gibt es keinen Unterschied zwischen dem ersten und dem zweiten Tschetschenien-Krieg.

Auf das Erscheinen von Wladimir Putin auf der russischen politischen Bühne haben Europa und die USA ohne die bisherigen Illusionen reagiert. Putin war nicht nur in Russland, sondern auch außerhalb des Landes als „starke Hand“ gefragt. Der Westen, der von der „Unvorhersagbarkeit der demokratischen Reformen“ in Russland müde war, brauchte Putin als einen Staatschef, der imstande war, die innere und somit auch die äußere Sicherheit Russlands zu gewährleisten, sei es auch durch eine gewisse Einschränkung der Demokratie. Heute ist diese Frage zum Stein des Anstoßes bei den Beziehungen zwischen Russland und der EU geworden.

Die führenden Politiker in Europa und den USA haben sich stets die Frage: „Wer sind Sie, Herr Putin?“ gestellt und ihn lange vor der Bekanntgabe der Wahlergebnisse als faktischen Präsidenten Russlands anerkannt. Es ist kein Zufall, dass der Ministerpräsident eines der führenden EU-Länder, Tony Blair, gerade während des Präsidentschaftswahlkampfes und trotz des Krieges in Tschetschenien nach Sankt Petersburg kam, um sich mit Wladimir Putin als einem der Präsidentschaftskandidaten zu treffen. Übrigens ist ein solcher Schritt von Präsident Putin während des Wahlkampfes in der Ukraine auf harte Kritik seitens europäischer Politiker und Experten gestoßen. Man kann auch viele andere Beispiele der inkonsequenten und unklaren Russlandpolitik der EU nennen, die sich nach der Logik der von selbst in Erfüllung gehenden Weissagungen entwickelte.

Die EU-Erweiterung, die ursprünglich als objektiver Entwicklungsprozess im post-bipolaren Europa wahrgenommen wurde, wird heute von vielen in Russland als Quelle neuer Herausforderungen verstanden, vor allem im Zusammenhang mit dem Kaliningrad-Problem sowie mit der Konkurrenz um die Einflussnahme im post-sowjetischen Raum. Die Krise um die Ukraine ist ein besonders krasser Beweis dafür.

Wenn man vom Fehlen strategischer Ziele in den Beziehungen zwischen Russland und der EU redet, handelt es sich dabei nicht um die gegenseitigen Kooperationsstrategien der EU und Russlands, die 1999 mit dem Ziel verabschiedet wurden, den Stand der Zusammenarbeit nach der Kosovo-Krise zu erhalten. Es ist bemerkenswert, dass Russland, das Anfang der 1990-er Jahre nach einer schnellen Integration in alle westlichen Institutionen strebte, sich in seinen Verhandlungen mit der EU um ein Abkommen bemühte, das mit einem Assoziationsabkommen vergleichbar wäre. Gerechtigkeitshalber muss man jedoch betonen, dass die russische Führung keine klaren und erkannten Ziele und Prioritäten in Richtung Europa hatte, den Sinn der europäischen Integration und ihre Wichtigkeit für die Demokratisierung der russischen Gesellschaft nicht verstand und dass die Widersprüchlichkeit der inneren Transformation in Russland Brüssel lediglich in seinem Wunsch verstärkte, den „strategischen Partner“ in Reichweite zu halten.

Gemeinsame Werte oder gemeinsame Interessen?

2007 läuft das geltende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen Russland und der Europäischen Union, das grundlegende Vertragsdokument, das heute unsere Beziehungen regelt, ab. Das bedeutet, dass diese sich heutzutage auf dem untersten Niveau – als Zusammenarbeit – entwickeln. Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ist am 1. Dezember 1997 in Kraft getreten¹¹. Das war der erste umfassende Rechtsakt, der die Grundlagen für gleichberechtigte Beziehungen Russlands mit Europa und dem Westen insgesamt schuf. Dieses Dokument bildet bis heute die Rechtsgrundlage der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union und ermöglicht es, das Instrumentarium der Zusammenarbeit erheblich zu erweitern und den wirtschaftlichen Dialog mit dem politischen zu verbinden.

Zugleich haben die Beziehungen zwischen Russland und der EU im politischen Bereich den Rahmen des PKA schon längst überschritten. Was die wirtschaftliche Zusammenarbeit anbetrifft, haben sowohl Russland als auch die EU in bestimmten Feldern Fortschritte gemacht, aber das gesamte Potential des Abkommens noch nicht erschöpft – einige seiner Bestimmungen sind inzwischen hoffnungslos überholt, andere werden weder von der einen, noch von der anderen Seite erfüllt. Insgesamt fallen unter diese Kategorie 64 Bestimmungen des Abkommens¹². Der bevorstehende WTO-Beitritt Russlands (laut Experteneinschätzungen 2006) wird zusätzlich klar machen, dass das Abkommen dem realen Sachstand nicht entspricht.

Was ist also zu tun? Soll man das bestehende oder aktualisierte PKA verlängern oder an einen neuen Vertrag denken, der das Niveau der Beziehungen zwischen Russland und der EU in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Sankt-Petersburger Gipfels betreffend die Integration Russlands in die gemeinsamen „europäischen Räume“ der Wirtschaft, der inneren und äußeren Sicherheit, der Kultur und der Bildung erhöhen könnte?

Bei aller Wichtigkeit des PKA, das die Rechtsverhältnisse mit der Europäischen Union regelt, wies dieses Vertragsformat wesentliche Einschränkungen auf. Das Abkommen widerspiegelte vielmehr das technokratische und nicht das politische Herangehen der EU, es stellte keine praktischen Aufgaben der Systemtransformation der Länder, mit denen es abgeschlossen wurde, hatte einen statischen Charakter und berücksichtigte nicht

¹¹ Die Ratifizierung des PKA mit Russland wurde von einigen EU-Ländern wegen der Lage in Tschetschenien verzögert und erst zum Dezember 1997 völlig abgeschlossen.

¹² I.D. Iwanow. Welche Integration braucht Russland? / Russland und Europa: Kurs oder Abdrift? Diskussionsbeiträge. // Komitee „Russland im vereinten Europa“. Moskau, 2002, S. 7-8.

die Evolution der Beziehungen, was wir eigentlich heute beobachten, und umfasste hauptsächlich die Bereiche Wirtschaft und Handel.

Mit anderen Worten gesagt, das PKA klammerte die Länder, mit denen es unterzeichnet wurde, von den Integrationsprozessen, die sich in Europa im vergangenen Jahrzehnt stürmisch entwickelten, aus. Gerade deswegen strebten die Länder, die den Kurs auf eine Integration mit der Europäischen Union eingeschlagen hatten, an, den Rahmen des PKA zu überschreiten. So wurde zum Beispiel Moldau in den Stabilitätspakt für Südosteuropa aufgenommen, obwohl es weder geographisch noch politisch in vollem Sinne des Wortes zu dieser Region gehört.

Mit der Politik der guten Nachbarschaft, die auf die Stärkung der Stabilität in erster Linie im „nahen Ausland“ der EU ausgerichtet ist, begann die Strategie der Europäischen Union 2004 eine neue Entwicklung. Wobei in der ersten Variante des so genannten „Konzepts eines Größeren Europas“ die an die Europäische Union grenzenden Staaten von Marokko bis Russland als Gesamtheit betrachtet wurden, ohne Prioritäten zu setzen und die Politik der EU bei den Beziehungen zu diesen Staaten diversifiziert zu gestalten.¹³ In der Endfassung ist von Russland überhaupt keine Rede mehr. Genauer gesagt, in diesem Dokument wird dreimal erwähnt, dass sich die „strategische Partnerschaft“ mit Russland auf der Grundlage der Sankt Petersburger Entscheidungen (Mai-Gipfel 2003), d.h. außerhalb der Politik der guten Nachbarschaft, aufbauen wird. Die erklärte strategische Partnerschaft, die formell einen besonderen, bevorzugten Status Russlands bei den Beziehungen mit der EU festlegt, war eine Kompromisslösung zwischen den Interessen sowohl der europäischen als auch der russischen Seite.

Zweifellos sind die Entscheidungen des Sankt-Petersburger EU-Russland-Gipfels ein Beweis für die Entschlossenheit der Partner, unsere Zusammenarbeit auf ein neues Niveau zu stellen – das Niveau der realen Integration Russlands in die „europäischen Räume“. Allerdings kann die Antwort auf die Frage, inwiefern diese Idee realistisch ist, nur eine konkrete Analyse der gegenwärtigen Situation und der Tendenzen in diesen Bereichen der vorgesehenen Zusammenarbeit geben, was nicht Gegenstand dieser Studie ist. Nichtsdestoweniger ist es offensichtlich, dass die Umsetzung der Beschlüsse des Gipfels

¹³ Merkwürdigerweise erinnert diese Einstellung der EU zu ihren Nachbarn an die Politik, die die russische Führung Anfang der 1990-er Jahre in Bezug auf den post-sowjetischen Raum verfolgte. Dieser wurde nach dem Zerfall der Sowjetunion aus Gewohnheit ebenfalls als ein einheitlicher Raum wahrgenommen, ohne die Prioritätsrichtungen und für Russland besonders wichtige Partnerstaaten zu definieren. Die russische Führung hat außerdem die Bedeutung, die dem Regionalisierungsprozess in dem nach dem Zusammenbruch der Sowjets in einzelne Ländergruppen zerfallenen post-sowjetischen Raum zukam, nicht richtig eingeschätzt oder nicht verstanden. Letztlich führte das zu *Misserfolgen* in der GUS-Politik und zur Prioritätenänderung zugunsten bilateraler Beziehungen Ende der 1990-er Jahre.

von Sankt Petersburg nicht nur neues politisches Denken und ein ganz besonderes Maß an Vertrauen – besonders im Bereich der Sicherheit – sondern auch einen gewissen Zeitvorrat erfordern wird. Insbesondere ist die Schaffung des gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums ohne volle Integration der neuen Mitglieder in den Wirtschaftsraum der EU nicht möglich. Aber die Hauptsache ist, dass ohne neue vertragsrechtliche Basis diese Entscheidungen zum erbsenzählerischen Pragmatismus, zur Taktik der kleinen Schritte herabgestuft würden. Die „road maps“ für die vier Räume sind zu eng und zu technisch, so dass sie dafür nicht geeignet sind, die Idee der vier Räume mit Leben zu erfüllen.

Heute haben wir im Endeffekt ein stark veraltetes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und einen schönen Traum von den gemeinsamen Räumen. Um für die Beziehungen zwischen Russland und der EU eine historische Perspektive zu erlangen, ist ein neuer Vertrag lebenswichtig, der diese Beziehungen von der niedrigsten Ebene – Zusammenarbeit – auf die nächste Stufe – Integration – stellen könnte, ohne dabei für absehbare Zukunft unrealistische Aufgaben zu stellen (wie z.B. die russische Mitgliedschaft in der Europäischen Union).

In diesem Zusammenhang erscheint der Vertragstitel prinzipiell wichtig. Ein angepasstes Abkommen würde die bisherige Russlandpolitik der EU, eine Art Brandmal an der Stirn des Partners, der am Rande der europäischen Integration bleibt, nur legitimieren. Analog zu den Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen könnte der neue Vertrag als Abkommen zur besonderen Assoziierung Russlands und der EU bezeichnet werden. Und obwohl Russland im vorigen Jahrzehnt viele „besondere“ Strukturen sowohl mit der EU, als auch mit der NATO geschaffen hat, erscheint in diesem konkreten Fall die Bezeichnung „besondere Assoziierung“ sowohl für die Europäische Union, als auch für Russland als annehmbar. Sie könnte die Beziehungen zwischen Russland und der EU auf eine neue Ebene bringen und so lange auf dieser Ebene bestehen lassen, wie es für die Entwicklung und Stärkung der russischen demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen sowie für die Modernisierung der Wirtschaft nötig ist.

Der neue Vertrag muss auf eine konsequente demokratische Transformation Russlands durch seine schrittweise und konsequente Integration mit der EU abzielen. Nur dann werden die Appelle an Russland seitens der Europäischen Union, die europäischen Normen und Grundsätze einzuhalten, praktischen Sinn haben. Darüber hinaus ist – analog zum Stabilisierungsprozess in Mittel- und Südosteuropa – das regionale Herangehen der EU an den gesamten europäischen GUS-Raum notwendig. Nur dadurch kann die Gefahr der potentiellen Konkurrenz und Konfrontation auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion abgebaut werden. Nur durch die Steigerung des Niveaus in den Beziehun-

gen zwischen Russland und der EU kann man zur Behauptung der russischen Demokratie beitragen.

Anders gesagt, indem Russland und die EU einen Wendepunkt in ihren Beziehungen erleben, müssen sie ihre weitere Strategie, ihre künftigen Beziehungen festlegen. Sehen sie sich als zwei potentielle Verbündete, die nicht nur gemeinsame Interessen, sondern auch gemeinsame Werte haben, die die gegenseitige Ansprüche, Probleme und Widersprüche überwiegen? Oder begreifen sie sich als prinzipiell unterschiedliche politische Subjekte, die nur dazu bereit sind, in einzelnen rein praktischen Feldern zusammenzuarbeiten?

Heute wird sowohl in der Europäischen Union als auch in Russland das Bestreben spürbar, die gegenseitigen Beziehungen nach dem Vorbild der Beziehungen zwischen der EU und China aufzubauen. Es wird angeregt, den Schwerpunkt nicht auf die gemeinsamen Werten zu setzen, sondern sich auf den gemeinsamen Interessen zu konzentrieren. Jedoch ist heute gerade das Projekt der „autoritären Modernisierung“ in Russland, das von den führenden Nationen der Europäischen Union (und vom Westen insgesamt) akzeptiert wurde, als Wladimir Putin 2000 an die Macht kam, eine der Problemquellen in den Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel. Im Unterschied zu China oder Chile ist die Modernisierung Russlands ohne seine Demokratisierung kraft der russischen historischen nationalen Traditionen und Maßstäbe unvorstellbar. Der Autoritarismus würde – unabhängig davon, mit welchen Beiwörtern (mild oder aufgeklärt) er bezeichnet und durch welche guten Absichten er begründet wird – zum Haupthindernis für die Modernisierung Russlands werden. Außerdem gibt es einen gravierenden Unterschied zwischen China oder den Ländern Lateinamerikas, die die am weitesten entfernten Nachbarn der Europäischen Union sind, und Russland, das de facto in Europa liegt. Die EU-Osterweiterung ließ der Europäischen Union keinen Platz, um von Russland Abstand zu nehmen.

Das Potential Russlands ist sowohl im positiven, als auch im negativen Sinne gewaltig. Aus dieser Sicht ist die Wahl der Europäischen Union, wie auch des Westens insgesamt, nicht so groß – entweder eine neue Einbeziehungspolitik (neo-engagement) oder eine neue Eindämmungspolitik (neo-containment) gegenüber Russland. Die letztere Alternative erscheint als ein Weg zurück zur Politik der „friedlichen Koexistenz“ aus der Zeit des Kalten Krieges, die weder den gegenwärtigen Herausforderungen in der europäischen und internationalen Sicherheitspolitik noch den Globalisierungsprozessen entspricht. Sie entspricht ebenso wenig dem Ziel der Europäischen Union, die Sicherheits- und Stabilitätszone auf ganz Europa auszubreiten, dessen untrennbarer Teil auch Russland ist. Das betrifft auch Russland selbst: wenn es plötzlich den Weg der Selbstisolierung und An-

wendung von hoffnungslos veralteten und unwirksamen Formen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens einschlagen würde, blieben ihm kaum mehr Chancen, eine wirklich moderne und somit starke und einflussreiche Weltmacht zu werden.

In diesem Zusammenhang müsste man auf das letzte Prinzip, das von Michael Emerson im Zusammenhang mit der neuen Verfassung erwähnt wurde, zurückkommen. Offenheit und Bereitschaft zur Integration mit den Nachbarn – und in diesem Fall handelt es sich um den nächsten und größten Nachbarn der Europäischen Union – ist die wichtigste Voraussetzung dafür, den Demokratisierungsprozess unumkehrbar zu machen und wahre Demokratie in Russland zu behaupten.

Ausbau der Partnerschaft trotz divergierender Entwicklungen in Russland und der Europäischen Union?

Heinz Timmermann
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin / Köln

1. Asymmetrie als destabilisierender Faktor in den Beziehungen

Für alle Welt sichtbar ist die Partnerschaft EU-Russland in jüngster Zeit in eine Krise geraten. Zwar verweisen führende Repräsentanten beider Seiten auch weiterhin auf den „dynamischen Charakter“ der wechselseitigen Beziehungen (Jastreschembskij), auf den großen Vorrat an gemeinsamen Interessen und auf die im Konsens geregelten, ursprünglich scharfen Konflikte. Dies bezieht sich auf eine Reihe von Kooperationsfeldern – von dem intensiven Energiedialog über die Zustimmung der EU zum WTO-Beitritt Russlands, die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Moskau, die im Ganzen positive Regelung des Kaliningrad-Transits sowie die Einbeziehung der neuen EU-Mitglieder in das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA).

Zugleich haben sich die mit dem PKA verbundenen Erwartungen jedoch nur teilweise erfüllt und sind vielfach in Enttäuschung umgeschlagen. Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, dass sich die Partner auf dem Den Haager Gipfel vom November 2004 auf die Verabschiedung konkreter Wegekarten (Road Maps) zu den vier anvisierten „Gemeinsamen Europäischen Räumen“ nicht einigen konnten. Dies ist Ausdruck eines wachsenden wechselseitigen Misstrauens, einer zunehmenden Divergenz in den jeweiligen Interessen sowie überhaupt von Unklarheiten darüber, was den Inhalt der „Strategischen Partnerschaft“ ausmacht. Zusätzlich belastet wird das Verhältnis EU-Russland durch den demokratischen Aufbruch in der Ukraine, der von der EU begrüßt, von Russland jedoch mit Misstrauen verfolgt und als Ausgreifen des Westens auf das zur eigenen natürlichen Einflusszone gerechnete Land angesehen wird. Es sei dringend geboten, heißt es in Moskau, über die vier gemeinsamen Räume hinaus einen fünften Gemeinsamen Raum zu schaffen: einen Raum des gegenseitigen Vertrauens (Kosatschow).

Wo liegen die Ursachen für Irritation und Frustration, für Vertrauensschwund und Krise zwischen den Partnern? Mir scheint, dass hierfür bei allen gemeinsamen und komplementären Interessen ganz wesentlich eine Reihe objektiver und subjektiver *Asymmetrien* verantwortlich ist. Ursprünglich eher verdeckt, rückten sie inzwischen stärker in das Bewusstsein und gewannen damit an Politikrelevanz. Solche Asymmetrien finden sich insbesondere auf folgenden Feldern:

- Beide Partner durchlaufen bei stark unterschiedlichen Ausgangsbedingungen einen schwierigen Prozess der Identitätssuche und der Selbstfindung, so dass sich ein klares Bild über Struktur und Charakter des künftigen Europa noch nicht hat herausbilden können. Russland als Kern der UdSSR erlebte den traumatischen Zerfall seines Imperiums und seinen Abstieg als global agierende Großmacht. Das Land fiel hinter jene Grenzen zurück, die Peter der Große markiert hatte. Die EU dagegen stellt sich die Konsolidierung ihrer Erweiterung nach Osten und die enge Anbindung der „Neuen Nachbarn“ in der geopolitischen Zwischenzone zur Aufgabe - solcher Staaten also, die zuvor zum äußeren bzw. sogar zum inneren Imperium der Sowjetunion gehört hatten.
- Die Zusammenarbeit wird kompliziert durch die Unterschiede in der Natur der Partner: Auf der einen Seite sehen wir einen Verbund von Staaten, die bereit sind, Souveränität an die Unionsebene abzugeben. Auf der anderen Seite steht ein im Zeichen der präsidentialen Machtvertikale rezentralisierter Staat, der bei seiner Neuprofilierung als eigenständige Großmacht auf strikte Wahrung seiner Unabhängigkeit bedacht ist und von außen kommende Kritik an seinen inneren Verhältnissen als unzulässige Einmischung verurteilt.
- In den Außenbeziehungen hält Russland vielfach auch weiterhin an überkommenen Konzeptionen wie „Einflusssphären“, „Nullsummenspiel“ und „Sicherung der nationalen Souveränität“ fest. In der EU dagegen gewinnen Vorstellungen von „wechselseitigen Interessen“, „win-win“-Regelungen und „gemeinsamer Souveränität“ an Boden.
- Starke Gegensätze bestimmen das Verhältnis der Partner zu Recht und Gesetz, zu Charakter und Inhalt von Rechtsstaatlichkeit. In Russland ist dieser Bereich noch stark macht- und personenbezogen, ist Rechtssicherheit daher nur begrenzt gegeben und wird oft von willkürlichem Handeln überlagert. In der EU dagegen regeln Verträge unter gleichgestellten Personen die Abläufe in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, bildet die „Herrschaft des Gesetzes“ den Kern der Integrationsprozesse.
- Das BIP Russlands sank – je nach Berechnungen zu Wechselkursen oder Kaufkraft – auf das Niveau Belgiens oder Mexikos herab. Sein Anteil am globalen BIP macht gerade 2,4 Prozent aus, und das BIP der erweiterten EU ist zehnmal größer als das der russischen Föderation. Der globale Anteil der Union dagegen beträgt mit rund 20 Prozent nahezu das Zehnfache des russischen.
- Insgesamt stellt die angestrebte Partnerschaft an EU und Russland sehr unterschiedliche Anforderungen. Für Russland ist sie vor allem eine Aufgabe für Anpassungen *im*

Innern. Dies verlangt wesentlich größere Anstrengungen als bloße Verdichtungen der *Außenbeziehungen*, wie sie die EU anstrebt.

Die Asymmetrien werden sich auf absehbare Zeit kaum grundsätzlich ändern und die Beziehungen daher auch weiterhin belasten. Hinzu kommt ein grundsätzliches Problem, das in jüngerer Zeit in den Vordergrund rückte und wachsende Differenzen in den Positionen beider Seiten nährt. Gemeint ist die kontrovers diskutierte Frage: Soll sich die Partnerschaft auf die Verfolgung gemeinsamer Interessen beschränken, wie Russland meint, oder kann sie nur dann dauerhafte integrative Impulse entwickeln, wenn sie sich zugleich auf gemeinsame Werte gründet?

2. Der Wertedisput

Nach der Wende Anfang der 90er Jahre herrschte im Westen die – vom neuen Russland genährte – Vorstellung, Russland werde sich nach einer Phase erfolgreicher Systemtransformation in den Rahmen der liberal-demokratischen Staaten, in ihr Wertesystem und – als Teil der „zivilisierten Staatenwelt“ (Jelzin) – in den Kontext der europäisch-atlantischen Demokratien einordnen. Radikale innere Reformen von politischem System und Wirtschaftsordnung würden feste Fundamente für eine enge Interdependenz bis hin zu einer Wertegemeinschaft legen. Entsprechende Bestimmungen in dem 1994 unterzeichneten PKA schienen solche Perspektiven ebenso zu rechtfertigen wie die mit der Mitgliedschaft in OSZE und Europarat verbundene Akzeptierung europäischer Werte und demokratischer Prinzipien durch Russland. Selbst in den Erklärungen der EU-Russland-Gipfeltreffen ist bis heute die Rede von den „gemeinsamen Werten“, von denen sich beide Seiten leiten lassen wollen.

In Wirklichkeit jedoch klaffen die jeweiligen Vorstellungen über den Charakter der Partnerschaft im Zeichen wachsender autoritärer Tendenzen in Russland zunehmend auseinander, wird die Schnittmenge im Verständnis von Demokratie deutlich geringer. Was Russland angeht, so ist seine Politik interessengeleitet und betrachtet die EU vorrangig als Quelle für die wirtschaftliche Modernisierung in einem Gesamteuropäischen Wirtschaftsraum. In diesem Kontext ist seine Führung im Sinne einer *Teileuropäisierung* zwar zur Anpassung seiner Gesetzgebung an bestimmte wirtschafts- und handelspolitische Standards, Normen und Regelwerke bereit, wie sie ja auch der angestrebte Beitritt zur WTO erfordert. Nur in Grenzen bereit ist sie jedoch zur Realisierung solcher Grundwerte, wie sie im Rest Europas verstanden und gelebt werden: Demokratie, Pluralismus, Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Medienfreiheit.

Folglich betrachtet die Macht in Moskau die Forderung nach Übernahme solcher Prinzipien als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands, da sie die unterschiedlichen historischen und kulturellen Voraussetzungen nicht berücksichtigt. Russland versteht sich zwar als Teil Gesamteuropas – nicht zufällig erlebt Gorbatschows Wort vom „Gesamteuropäischen Haus“ gegenwärtig eine Renaissance. Zugleich sieht die Macht ihr Land jedoch nicht als Teil eines solchen Europa, wie es Brüssel verkörpert. Vielmehr ist sie entschlossen, als starker Staat und konsolidierte, unabhängige und gleichberechtigte Großmacht in patriotisch-nationalem Konsens an den spezifischen kulturhistorischen, ethischen und systemformenden Traditionen und Werten Russlands festzuhalten und auf dieser Grundlage die innere Entwicklung des Landes selbst zu gestalten.

Russland erwartet partnerschaftliche Unterstützung bei der ökonomischen, nicht aber bei der politisch-gesellschaftlichen Modernisierung. Die ausführlichen Passagen in Putins Botschaft an die Nation vom April 2005 über Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft könnten, wörtlich genommen, als Erfüllung der Kopenhagener Beitrittskriterien gelten und rein hypothetisch für Russland das Tor zur EU-Mitgliedschaft aufstoßen. Das Problem ist nur, dass diese Passagen durch den Bezug auf die spezifischen historischen und kulturellen Voraussetzungen Russlands erheblich relativiert werden und in ihrer Verbindlichkeit unklar bleiben. Peter der Große hatte sich zum Ziel gesetzt, Russland zu modernisieren und zu europäisieren - unter russischen Bedingungen freilich und im Zeichen strenger Selbstherrschaft. So gesehen steht Putin durchaus in der Tradition seines großen Vorbilds.

Auch die EU und ihre Mitgliedsstaaten lassen sich in ihrem Verhältnis zu Russland von konkreten Interessen leiten, am deutlichsten sichtbar im Energiedialog. Sie verbinden diese jedoch mit der Erwartung, dass die interessengeleitete Politik des russischen Partners nicht in autoritär-zentralistische Traditionen zurückfällt, sondern sich auf gemeinsame europäische Werte und demokratische Prinzipien gründet, wie sie z.B. den Entwurf für eine Verfassung der EU prägen. Der Grad des russischen Bezugs auf europäische Werte bestimmt für die EU ganz wesentlich Charakter und Qualität der Partnerschaft. Das ist nicht mit einem Aufdrängen eigener Modelle gleichzusetzen. Vielmehr soll damit zum Ausdruck gebracht werden: Die Modernisierung kann nur dann gelingen und die angestrebten Interdependenzen fördern, wenn sie *umfassend* angelegt ist und sich nicht auf die Übernahme einzelner technischer Standards und Normen beschränkt. Berechenbarkeit, Effizienz und Transparenz in Politik, Wirtschaft, Sicherheitsagenturen und sogar in den Außenbeziehungen können dauerhaft nur dann gewährleistet werden – so die Überzeugung in den Reihen der EU –, wenn die Exekutive in ein funktionierendes System der Gewaltenteilung eingebunden ist und wenn freien und unabhängigen

Medien sowie einer lebendigen Zivilgesellschaft die Möglichkeit zu kritisch-konstruktiver Artikulation gegeben wird. Kritische Stimmen aus der Gesellschaft dürfen nicht als Stabilitätsrisiko denunziert, sondern müssen im Gegenteil als unverzichtbare Stabilitätsfaktoren anerkannt werden, denn als Ausdruck gesellschaftlicher Vielfalt bilden sie unerlässliche Instrumente der Korrektur möglicher Fehlentwicklungen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich im Hinblick auf die Zukunft der anvisierten Partnerschaft EU-Russland eine Reihe von Fragen, nicht zuletzt angesichts der Widersprüche zwischen Wort und Wirklichkeit, wie sie sich beispielhaft in der erwähnten Rede Putins zur Lage der Nation finden:

- Soll in den EU-Russland-Beziehungen der hohe Anspruch auf Wertepartnerschaft auf das Niveau einer pragmatisch ausgerichteten Interessenpartnerschaft herabgestuft werden? Liegt hier der Schlüssel, um wechselseitige Frustration künftig zu vermeiden, indem man sich auf kompromissgeleitete Regelungen praktischer Probleme konzentriert, wie sie ja auf den eingangs genannten Feldern durchaus erreicht wurden?
- Ist Modernisierung teilbar in eine wirtschaftliche Dimension einerseits und eine Staatsverfassung andererseits, in der Kontrolle, Rechtssicherheit und Transparenz unterentwickelt sind? Besteht hier nicht die Gefahr, dass mit der Dominanz von Macht- und Sicherheitsorganen autoritär-bürokratische Tendenzen an Eigendynamik gewinnen, Verantwortungslosigkeit fördern, Wettbewerbsfähigkeit einschränken und damit längerfristig in die ökonomisch-soziale Stagnation führen und den Wirtschaftsstandort Russland für ausländische Investoren weniger attraktiv machen?
- Läuft nicht eine bloße Interessengemeinschaft ohne Wertefundierung auf ein bereits zu Sowjetzeiten praktiziertes Modell pragmatischer Kooperation hinaus, bei dem Interdependenz bis hin zur Integration nicht angestrebt werden? Und schließlich: Erwachsen hieraus nicht Gefahren, dass das Gemeinsame Haus Europa in zwei nur locker verbundene Etagen geteilt wird? Gemeint ist einerseits ein autoritär geformtes Russland, das in seiner Ausstrahlung auf seine postsowjetischen Nachbarn in Europa und damit in seinen Einflusschance begrenzt ist, und andererseits eine von europäischen Werten und Grundprinzipien geprägte EU, die – wie der Aufbruch in der Ukraine demonstriert – wachsende Anziehungskraft auf ihr geopolitisches Umfeld ausübt.

3. „Europa – unser zweites Vaterland“

So lautete kürzlich der Titel eines herausragend platzierten Zeitungsbeitrags von Dmitrij Rogosin, des Vorsitzenden des Staatsdumablocks Heimat. Der als radikaler „Nationalpatriot“ bekannte Autor verfolgte dabei gewiss nicht die Absicht, Russland unter nationalem Souveränitätsverzicht in die EU zu integrieren – im Gegenteil, er ist ein glühender Verfechter eines mächtigen, eigenständigen Russland mit Dominanzansprüchen im post-sowjetischen Raum. Vielmehr wollte Rogosin mit seinem profilierten Diktum ganz offensichtlich den korrekten Befund zum Ausdruck bringen, dass große Teile von Eliten und Bevölkerung die Zukunft Russlands mit einer Nähe des Landes zu Europa verbinden.

Die Gründe für diese Präferenz liegen auf der Hand. Historisch war die Modernisierung Russlands immer mit Europa verbunden, seine ausgedehnten Grenzen sind in dieser Region die sichersten Grenzen Russlands überhaupt. Russlands Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedsstaaten sind – anders als etwa zu den USA – in ihrer Dichte unübertroffen: Sie sind mehrdimensional angelegt (Politik, Wirtschaft, innere Sicherheit, Internationales) und erfassen alle Ebenen (lokal, regional, national und international). Bei einem Land, das sich als integraler, wenn auch spezifischer Teil Europas versteht, dessen Bevölkerung zu 75 Prozent in den europäischen Regionen des Landes lebt, dessen Touristen, Flugreisen und Telefonate zu über 60 Prozent die EU zum Bezugspunkt haben, scheint Rogosins Einschätzung keineswegs abwegig. Seiner Kultur und Mentalität nach ist das russische Volk ein europäisches Volk (Putin). Ein Volk allerdings, wird meist ergänzt, das sich die historisch gewachsenen Besonderheiten seiner politischen Kultur bewahren will und eine Modernisierung durch „Verwestlichung“ mehrheitlich ablehnt.

Gerade der Hinweis auf das Festhalten an den spezifischen Entwicklungsbedingungen in Russland, der auch in Putins Jahresbotschaft nicht fehlt, bietet allerdings ein weites Feld für allerlei Spekulationen über den zukünftigen Weg Russlands, der den weiteren Charakter der Beziehungen zur EU ganz wesentlich determiniert. Handelt es sich bei der Stärkung der Machtvertikale um eine vorübergehende Einschränkung demokratischer Prinzipien, um das Land zunächst umfassend zu stabilisieren und erst nach vollzogener Konsolidierung europäischen Grundwerten zum Durchbruch zu verhelfen? Oder sind wir Zeugen traditioneller und dauerhafter Sonderwegs-Konzeptionen, die sich von europäischen Grundwerten prinzipiell unterscheiden? Kurz: Handelt es sich bei dem „System Putin“ um einen temporären *Umweg* oder um einen auf Dauer angelegten *Sonderweg*, der einer Vertiefung der Partnerschaft entgegensteht? Hierauf geben auch die Mitte 2004 der EU überreichten russischen Wegekarten zu den vier „Gemeinsamen Europäischen Räumen“ keine eindeutige Antwort.

4. Die „Gemeinsamen Europäischen Räume“: Der Wirtschaftsraum

Wie bereits eingangs erwähnt, blockierte Russland zum Haager Gipfel die Verabschiedung eines sämtliche vier Räume umfassenden Aktionsplans: Moskau wollte zentrale Punkte aus den Abschnitten „Freiheit, innere Sicherheit und Justiz“ sowie „Äußere Sicherheit“ nicht mittragen. Statt dessen schlug Russland vor, mit den Abschnitten „Gemeinsamer Wirtschaftsraum“ sowie „Gemeinsamer Raum für Wissenschaft, Erziehung und Kultur“ nur jene Teile zu verabschieden, über die Konsens erzielt werden konnte. Brüssel lehnte das Moskauer Vorgehen selektiven „Rosinenpickens“ ab, um das umfassende und kohärente Herangehen an die vier Räume zu wahren. An dieser Stelle wird auf eine umfassende Darstellung und Analyse der vier Räume verzichtet zugunsten einer exemplarischen Konzentration auf die mit den einzelnen Räumen verbundenen Chancen und Probleme.

Nicht zufällig leiten beide Seiten ihre Aktionspläne mit ausführlichen Konzeptionen zur Ausgestaltung des Gemeinsamen Wirtschaftsraums ein, dem zentralen Projekt gegenseitiger Verflechtung. Hier geht es darum, im Zeichen von Komplementarität und wachsender Interdependenz schrittweise einen offenen und integrierten Markt zu bilden. Zu diesem Zweck gilt es, die Wirtschafts- und Handelsaktivitäten zu erleichtern, den wechselseitigen Marktzugang zu verbessern, eine hohe Regulierungskonvergenz zu erreichen und die Infrastrukturen zu entwickeln: im Warenaustausch, im Dienstleistungswesen, im Investitionsbereich und beim wirtschaftlich motivierten Personenverkehr.

Auf all diesen Feldern besteht zwischen den Partnern tatsächlich eine Disposition zu weitgehender Harmonisierung. So erklärte sich die EU bereit, russische Institutionen in die Arbeit der europäischen Gremien zur Bewertung von Standards, Normen und Konformität einzubeziehen. Auch hierin wird die überragende Bedeutung deutlich, die beide Seiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beimessen. Sollte die Regulierung in einem allmählichen Prozess sämtliche Wirtschaftssektoren erfassen, so würde Russland tatsächlich in ein Verhältnis zur EU treten, das demjenigen Norwegens im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraums (EU und Rest-EFTA) ähnelt.

Allerdings haben die Partner hier noch einen langen Weg zurückzulegen, zumal es bislang an institutionellen Mechanismen zur Umsetzung der Absichtserklärungen mangelt. Immerhin bedeutet der von Brüssel unterstützte baldige Beitritt Russlands zur WTO einen wichtigen Schritt in Richtung wachsender Interdependenzen und verstärkter regionaler Integration des Landes in die EU: Er stimuliert Wirtschaftsreformen, fördert Transparenz und schafft größere Rechtssicherheit, so dass die russische Wirtschaft enger mit

der europäischen verklammert wird. Damit könnte endlich auch jenes Projekt Gestalt annehmen, das bereits vom PKA in Aussicht genommen worden war: die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und Russland. Gleichwohl bleibt die Frage, ob Russland über die WTO-Bestimmungen hinaus zur Anpassung an das Europäische Gemeinschaftsrecht, den berühmten *acquis communautaire*, grundsätzlich bereit ist. Denn Anpassung im Sinne von Harmonisierung läuft keineswegs auf eine Konvergenz zentraler Elemente beider Wirtschaftsordnungen hinaus. Vielmehr bedeutet sie die einseitige Übernahme von Gesetzen, Regelungen und Verwaltungspraktiken der EU durch Russland, so wie sie beispielsweise von Norwegen praktiziert wird.

Wird Moskau dieses Regime schrittweise übernehmen wollen, was russischen Autoren zufolge auf eine „Kolonisierung“ des Landes durch die EU hinauslaufen würde? Oder wird Russland einer Regelung den Vorzug geben, bei dem es an wesentlichen Elementen seines eigenen Normensystems als essentielles Teil seiner nationalen Unabhängigkeit festhält? Dies freilich würde nicht nur der wirtschaftlichen Interdependenz Russland-EU Grenzen setzen. Es würde darüber hinaus auch Russlands Wirtschaftsbeziehungen zu jenen Staaten des postsowjetischen Raums erschweren, die sich wie die Ukraine dem Normengefüge der EU anpassen wollen.

5. Gemeinsamer Raum für Freiheit, Sicherheit und Justiz

Wenn über diesen Abschnitt in Den Haag Einvernehmen nicht erzielt werden konnte, so lag das an dem unterschiedlichen Verständnis von „Freiheit“. Der EU-Entwurf verwies ausführlich auf die gemeinsamen Werte als Grundlage für die Partnerschaft sowie auf die Notwendigkeit, den offenen und freien Dialog über Demokratie, Herrschaft des Rechts, Menschenrechte, Medienfreiheit und Entfaltung der Zivilgesellschaft fortzusetzen. Freiheit wird hier als ein sämtliche Lebensbereiche umfassendes Prinzip verstanden, dessen Verwirklichung überhaupt erst eine Vertiefung der Partnerschaft mit Russland möglich macht.

Russland dagegen interpretiert „Freiheit“ verengt als Chance, ein Europa ohne Trennlinien zu bilden und den Menschen die Möglichkeit zu geben, ungehindert zu reisen und persönliche Kontakte im gesamteuropäischen Raum zu pflegen. Der spezifische Akzent Moskaus ist verständlich, wenn man bedenkt, dass der visafreie Personenverkehr in Richtung Europa für seine Bürger höchste Priorität genießt. Die Verengung des Freiheitsbegriffs auf die Reisefreiheit unter Ausschaltung der Wertedimension zielt ganz offensichtlich darauf, das Verständnis von „Freiheit“ zu entpolitisieren. Darauf deutet die Herabstufung von OSZE und Europarat im russischen Diskurs (s.u.) ebenso wie die Absicht, im

Rahmen eines in Den Haag gebildeten speziellen PKA-Gremiums das Thema Menschenrechte und Grundfreiheiten gleichsam auf ein Nebengleis zu schieben.

Was die Visafreiheit selbst angeht, so hat die EU nach begrenzten Erleichterungen für bestimmte Personengruppen durch Deutschland, Frankreich und Italien Russland auch ihrerseits angeboten, im Rahmen von Schengen ähnlich zu verfahren. Allerdings würde dies den Abschluss eines Rückübernahmeabkommens erfordern, also die Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Personen, die von Russland aus illegal in den EU-Raum gelangt sind. Dies bezieht sich aus EU-Sicht auch auf Angehörige von Drittstaaten, die Russland als Transitland zur illegalen Einreise in die EU genutzt haben, und nicht nur auf russische Staatsbürger, wie es das offizielle Moskau vorsieht. Allerdings scheint hier zwischen Außenministerium und Präsidentschaft keine volle Übereinstimmung zu herrschen, wobei letztere eher der konsequenteren europäischen Position zuneigt. Darüber hinaus sind in diesem Komplex noch zwei weitere Hürden zu überwinden. Zum einen will die EU bereits die Visaerleichterungen (und nicht erst die Visafreiheit) mit der gleichzeitigen Verpflichtung Russlands zur Rückübernahme verbinden. Moskau lehnt dies ab. Zum anderen – und gravierender noch – erhebt sich die Frage: Ist Russland überhaupt in der Lage, bei offenen und häufig unübersichtlichen Grenzen insbesondere in Zentralasien und im Kaukasus illegale, Resteuropa anvisierende Migrationsströme zuverlässig einzudämmen?

Und schließlich in diesem Kontext noch ein letztes Problem. Kürzlich präsentierte die Kreml-nahe Partei Einheitliches Russland in der Staatsduma einen Gesetzentwurf zur Neuregelung von Ein- und Ausreise, der u.a. dazu dienen könnte, die Visa-Erleichterungen zu beschädigen oder sogar zu unterlaufen. Danach kann Ausländern, die sich „respektlos und unfreundlich“ gegenüber Russland verhalten, die sich ungünstig über „spirituelle und kulturelle“ Werte Russlands äußern oder die dem „internationalen Ansehen Russlands Abbruch tun“, die Einreise verweigert werden. Im Januar 2005 hat die Staatsduma die Gesetzesverschärfungen, die der willkürlichen Auslegung breiten Raum geben, in erster Lesung mit 353 zu 44 Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen. Könnte seine endgültige Verabschiedung am Ende darauf hinauslaufen, dass sich Russland selbst einen neuen eisernen Vorhang zur Abschottung gegenüber unerwünschten Einflüssen aus dem Westen schmiedet?

6. Gemeinsamer Raum für Äußere Sicherheit: Globale Aspekte

Günstige Voraussetzungen für eine engere Kooperation bestehen auf dem Gebiet Äußere Sicherheit. Beide Seiten suchen sich als globale Akteure zu profilieren. Dabei sind die Ausgangspositionen durchaus unterschiedlich. Die EU als nichthegegonialer Akteur möchte ihre globale Wirtschaftsmacht in eigenständige politische Handlungsmacht umsetzen. Russland seinerseits will seine Position als unabhängige, gleichberechtigte und äußeren Einflüssen gegenüber immune Großmacht mit globalen Ambitionen unterstreichen. Für beide spielt dabei die Neuformierung Gesamteuropas eine zentrale Rolle, nach Vorstellungen Brüssels auf der Basis werthegebender Fundamente, nach Moskauer Konzeptionen aus pragmatischer, nationalen Interessen folgender Motivation. Im Vordergrund steht dabei für Russland die Absicht, verlässliche äußere Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung und damit für die innere Modernisierung des Landes zu schaffen.

In diesem Kontext bezogen die EU und Russland in den internationalen Beziehungen auf wichtigen Politikfeldern gleiche oder ähnliche Positionen. Neben der Terrorismusbekämpfung und der Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen lauten zentrale Stichworte: Multipolarismus in einem funktionierenden System internationaler Regeln und Institutionen, in dem die Vereinten Nationen den Kern bilden; gewaltfreie Lösungen im Großraum Naher und Mittlerer Osten, einer hochexplosiven Region in der Nachbarschaft von EU und Russland; Unterstützung Russlands für die Bemühungen der EU-Mitglieder Deutschland, Frankreich und Großbritannien, den Iran zum Verzicht auf die Herstellung atomwaffenfähigen Materials zu bewegen; Bemühungen um einvernehmliche Regelungen auf dem Balkan.

Über diese Kooperationsfelder besteht in den Aktionsplänen beider Seiten weitgehender Konsens. Darüber hinaus kamen beide Seiten überein, ihre Kooperation in den Gremien der im Aufbau befindlichen ESVP zu intensivieren. Bereits im Vorfeld von Krisen sollen Konsultationen eingeleitet werden, um über Möglichkeiten einer Beteiligung Russlands an EU-geführten Operationen zur Krisenbewältigung zu beraten. Im Zuge solcher Schritte in Richtung einer kooperativen Sicherheitsstruktur in Europa gibt es Vorüberlegungen, Russland auch institutionell stärker mit der ESVP zu verklammern. Denn es wäre paradox, Russland das Recht der Mitwirkung zu verweigern, wo es im NATO-Russland-Rat über Mitwirkungsrechte verfügt. Erwägenswert wäre die Bildung eines EU-Russland-Sicherheitsrats, der beide Seiten in bestimmten Bereichen im Rahmen der Petersberg-Aufgaben engagiert, insbesondere im Hinblick auf Abrüstung und Nichtverbreitung, auf militärtechnologische Zusammenarbeit sowie im Zuge einer möglichen Beteiligung an künftigen Polizeieinsätzen auf dem Balkan und in der Kaukasusregion.

Vorerst allerdings verläuft die Zusammenarbeit auf diesem Feld aus russischer Sicht eher unbefriedigend, wie Verteidigungsminister Iwanow jüngst klagte. Ein wichtiger Grund hierfür dürften in den Divergenzen über die „eingefrorenen Konflikte“ zu suchen sein, die die Beziehungen EU-Russland zunehmend belasten und in Den Haag ein Einvernehmen über den Raum „Äußere Sicherheit“ verhinderten. Gemeint sind die Kontroversen über die Separatistengebilde in Moldau und Georgien, zu denen noch die Kontroverse um den demokratischen Aufbruch in der Ukraine hinzutritt. Während die EU-Konzeption in ihrer einschlägigen Wegekarte ausdrücklich auf die Menschenrechte und demokratische Prinzipien Bezug nimmt, fehlt ein solcher in der russischen Version.

7. Divergenzen über die geopolitische Zwischenzone

Im folgenden Abschnitt wird aus Platzgründen darauf verzichtet, die Abläufe vor Ort zu repetieren und die Positionen der Partner EU und Russland im einzelnen darzustellen. Statt dessen sollen Probleme angerissen und Chancen für künftige Kooperation in dieser sensitiven Region ausgelotet werden. Dabei schälen sich die folgenden Kernpunkte heraus:

- Russland sucht im GUS-Raum seine geopolitischen Positionen zu wahren, sei es durch Festhalten an Stützpunkten in Moldau und Georgien, sei es in Form von Präferenzbeziehungen zu autoritär-bürokratischen, Moskau-loyalen Regimen wie in Belarus und bis vor wenigen Monaten auch in der Ukraine. Dies mag kurzfristig zur Sicherung von Interessen und Einfluss von Vorteil sein. Doch wirkt eine solche Linie längerfristig kontraproduktiv, da sie Eliten und Bevölkerung von Russland entfremdet. Müsste nicht Russland die Attraktivität der EU für die Länder der Zwischenzone in sein Kalkül einbeziehen und seinerseits die Verbindung zu ihnen durch friedliche Konfliktlösung, wirtschaftliche Verflechtung und umfassende zivilgesellschaftliche Netzwerke festigen statt korrupte Clanregime zu stützen? Russische Beobachter vergleichen diese Haltung mit der Rolle des Zarenreichs in der Heiligen Allianz während des 19. Jahrhunderts. Damals trat Russland als konservative Vormacht europäischer Monarchien gegen die „Revolutionssplage von 1848“ auf (Halbach/Eder).
- In der russischen Version des Aktionsplans vom Herbst 2004 nimmt der Vorschlag zu gemeinsamer Lösung regionaler Konflikte einschließlich Krisenprävention und friedlicher Beilegung einen herausragenden Platz ein. Die EU konkretisierte dies und regte in ihrem Papier ein entsprechendes gemeinsames Vorgehen zur Stabilisierung und Regelung der eingefrorenen Konflikte in der als vorrangige Problemzone definierten Region an. Die

Perspektive einer entsprechenden Kooperation fehlt jedoch in der russischen Version der Wegekarte. Denkbar wäre, im Zuge einer gemeinsamen Initiative nach dem Beispiel des Stabilitätspakts für Südosteuropa zur politischen Regelung ESVP-Militär- und Zivilkräfte mit einzubeziehen, die das Vertrauen der Konfliktparteien genießen und Konfliktregelung aktiv unterstützen. Mittlerweile verfügt die EU über einen Fundus erfahrener Juristen, Polizisten und Verwaltungsexperten, die als Berater fungieren und Aufbauhilfe leisten könnten.

- Der demokratische Aufbruch in der Ukraine war weniger ein Konflikt zwischen Russland und der EU als ein Kampf zwischen zwei Gesellschaftsmodellen – einem Modell der Demokratie und der Wirtschaftsreformen einerseits und einem semiautoritären Modell korrupter, in seiner Triebkraft erschöpfter Clanwirtschaft andererseits. Nach dem Umbruch in Kiew kann Russland wenig Interesse an einer Ukraine haben, die sich destabilisiert und damit die Wirtschaftsaktivitäten Russlands konterkariert und das gesamte regionale Umfeld in die Krise stürzt. Anders als die Sowjetführung 1956 und 1968 gibt die heutige Moskauer Führung der Integration in die internationale Staatengemeinschaft und hier insbesondere der Partnerschaft mit der EU Vorrang vor einem als Lagerwechsel wahrgenommenen Umbruch in Staaten des postsowjetischen Raums. Darauf verweist nicht zuletzt die nach einigem Zögern erfolgte Beteiligung Russlands an der erfolgreichen Vermittlung zwischen den verfeindeten Lagern in der Ukraine. An den Kiewer Krisensitzungen Ende November/Anfang Dezember 2004 nahm von ausländischer Seite neben dem EU-Repräsentanten Solana sowie den Präsidenten Polens und Litauens, Kwasniewski und Adamkus, auch Staatsduma-Präsident Gryslow als Sondergesandter Putins teil. Er stimmte schließlich dem im Konsens gefundenen Ergebnis einer Wiederholung der Stichwahl zu.

Die EU ihrerseits ist an einer Absorption der Ukraine keineswegs interessiert, wie ihr Zögern demonstriert, dem Land eine konkrete Mitgliedsperspektive zu geben. So gesehen ist die Union ein durchaus untypischer und geradezu widerstrebender „Imperialist“: „Ihre fortdauernde Expansion wurzelt nicht in dem Streben ihrer Führungsfiguren nach Ausweitung des Territoriums, sondern in ihrer Attraktivität für die Nachbarn“ (Grant/Barysch). Statt dessen ist die EU an einer Ukraine interessiert, die offen ist nach West *und* Ost und die die Annäherung des Landes an die EU mit dessen strategischer Partnerschaft mit Russland verbindet. Aus einer Reihe von Gründen braucht die Ukraine gute Beziehungen zu *beiden* Seiten.

In diesem Kontext sind Putins Vorstellungen zur Bildung eines Gesamteuropa im Grunde gescheitert – eines Gesamteuropa, das sich auf zwei vergleichbare, einander freundschaftlich verbundene Integrationsgemeinschaften gründet: auf die nach Osten erwei-

terte EU einerseits und auf eine um Russland gruppierte Organisation wirtschaftlich entwickelter Staaten im postsowjetischen Raum andererseits („Einheitlicher Wirtschaftsraum“). Die für die Zukunft der Region und für Gesamteuropa zentrale Frage lautet: Was ist zu tun, damit sich in der Ukraine als dem wichtigsten Land der Zwischenzone die Interessen von EU und Russland an stabilen Umfeldbedingungen treffen? Wie können die Gemeinsamkeiten als gemeinsame Verantwortung genutzt und entwickelt werden? Ist die Einschätzung zutreffend, dass die Integrationskonflikte um die Ukraine in dem Maße an Brisanz verlieren, wie die Verdichtung der Partnerschaft EU-Russland gelingt? Dass man in Moskau auch weiterhin hochempfindlich ist, unterstreicht der Einwand gegen den auf die Länder der Zwischenzone bezogenen, in Brüssel geprägten Begriff „Gemeinsame Nachbarschaft“. Da dies vom russischen Partner als Anspruch der EU auf „gemeinsame Verantwortung“ wahrgenommen wird, einigten sich die Seiten in den vom Moskauer Gipfel verabschiedeten Wegekarten auf die neutrale Bezeichnung „anliegende Länder“ (adjacent countries).

In Russland haben allerlei geopolitische Verschwörungstheorien Konjunktur, wonach der Westen Länder des postsowjetischen Raums aus dem integrativen Verband mit Russland herausbrechen und Europa erneut in einen westlichen und einen östlichen Teil spalten will. Aus der Mitte der Gesellschaft stammende demokratische Aufbrüche werden als außengesteuerte Umstürze diskreditiert. Solche Theorien dienen dazu, von eigenen Fehlern abzulenken und eigene Fehlkalkulationen der Einkreisungsstrategie eines verständnislosen oder sogar feindlichen Westens anzulasten. Sie bergen die Gefahr einer Selbstisolierung Russlands in sich – eines Russland, an dessen demokratisch fundierter Stabilität und konstruktivem Zusammengehen im Kampf gegen neue Bedrohungen die Europäer gerade interessiert sind. Allerdings sind in Moskau in Politik, Diplomatie und Wissenschaft inzwischen auch solche Stimmen zu vernehmen, die die zentrale Ursache für die demokratischen Aufbrüche in GUS-Staaten in einer falschen Politik Moskaus sehen und nicht in feindlichen Provokationen aus dem Westen.

Seinen Niederschlag findet die Einkreisungsfurcht nicht zuletzt in einer zunehmend kritischen Haltung Russlands zur OSZE und zum Europarat. Beide Organisationen arbeiten eng mit der EU zusammen und verfolgen in ihrem Aufgabenbereich gleiche oder komplementäre Ziele, womit sie dem EU-Aktionsplan zufolge „einen wichtigen Beitrag zu einer geordneten Welt“ leisten. Eine russische Politik, die beide Organisationen mit fragwürdigen Argumenten kritisiert und ihre Herabstufung in Erwägung zieht, würde zugleich die Beziehungen zur EU beschädigen.

8. Herabstufung der OSZE

Hatte Moskau die OSZE noch bis vor wenigen Jahren als tragendes Element einer neuen gesamteuropäischen Architektur gewürdigt und die Mitgliedschaft Russlands als Ausweis seines europäischen Charakters gewertet, so schwindet sein Interesse an der Organisation gegenwärtig auf dramatische Weise. Denn aus russischer Sicht steckt die OSZE in einer tiefen „Identitätskrise“ und bedarf einer umfassenden Reform, in der der Schwerpunkt von der bürgerrechtlichen hin zur sicherheitspolitischen und zur wirtschaftlichen Dimension verschoben wird. In ihrer konkreten Arbeit verwende die Wahlbeobachtung der Organisation doppelte Standards zu Lasten der Länder im GUS-Raum, um dort die europäisch orientierte Opposition aufzuwiegeln und für einen Seitenwechsel vorzubereiten. Die Wahlbeobachtung dürfe nicht zum Instrument von politischer Manipulation und zum Faktor der Destabilisierung werden, denn wenn dies geschehe, „hört die Organisation auf, ein Forum zur Vereinigung der Staaten und Völker zu sein und beginnt im Gegenteil, sie auseinander zutreiben“ (Lawrow).

In völlig unterschiedlichem Kontext wiederholt sich mit dieser Abwertung das sich wandelnde Verhältnis Moskaus zur KSZE. Zunächst hatte sich die Sowjetführung als Vorkämpferin für die 1975 gegründete KSZE profiliert, um sie als stabilisierendes Instrument ihres Herrschaftsbereichs in Osteuropa und als Institution zur Stärkung ihres Einflusses auf dem europäischen Kontinent zu nutzen. Indes ließ ihr Interesse an der Organisation deutlich nach, als der Westen auf Einlösung der KSZE-Bestimmungen zu den Menschen- und Bürgerrechten („Korb 3“) drängte und als in Osteuropa zugleich regimealternative Bewegungen auftraten, denen die Helsinki-Akte als Berufungsinstanz für demokratischen Wandel in ihren Ländern diene. Nunmehr setzt Russland die OSZE unter Druck, indem es das Gesamtbudget durch Zurückhalten seines Beitrags blockiert (Russland jährlich 8,9 Mio. Euro, Deutschland 19,5) und damit die Weiterexistenz zahlreicher Missionen und Aktivitäten gefährdet. Eine inzwischen gefundene Interimsregelung hat die Arbeitsfähigkeit der OSZE nicht auf Dauer gesichert.

Die zentrale Ursache für den Moskauer Richtungswechsel liegt in Divergenzen über die Grundwerte und demokratischen Freiheiten sowie deren Implementierung über die Prozeduren freier und fairer Wahlen im postsowjetischen Raum, denen OSZE und Europarat verpflichtet sind. Hieraus ergibt sich eine Reihe von Fragen. Darf und soll die – gewiss legitime – Forderung Russlands nach stärkerer Akzentuierung der Felder „Wirtschaft“ und „Sicherheit“ den Auftrag von OSZE und Europarat in den Hintergrund drängen, europäische Grundwerte und demokratische Prinzipien unter ihren Mitgliedern zu fördern oder ihnen überhaupt erst volle Geltung zu verschaffen? Welchen Sinn macht der Akzent auf „Sicherheit“, wenn Russland in der Zwischenzone sicherheitspolitische Mit-

wirkung der EU abwehrt und OSZE-Aktivitäten nur geringen Raum gibt? Und schließlich: Steht nicht die wachsende Distanzierung Russlands von genuin europäischen Organisationen in Widerspruch zu seiner „europäischen Wahl“ (Putin), seiner Partnerschaft mit der EU sowie seinem Streben, in möglichst vielen internationalen Organisationen präsent zu sein und seine Stimme zu erheben?

9. Ergebnisse des Gipfels von Moskau

Der Moskauer Russland-EU-Gipfel vom Mai 2005 stand im Schatten der 60-Jahresfeier des Sieges über Nazi-Deutschland und war zugleich überschattet von unterschiedlichen Erinnerungskulturen Russlands einerseits und der EU-Neumitglieder aus Ostmitteleuropa andererseits. Die Kontroverse zwischen Russland und Lettland gewann dadurch an Schärfe, dass Riga den zur Ratifizierung bereitliegenden Grenzvertrag überraschend mit territorialen Forderungen belastete. Dieses Vorgehen stürzte die EU-Delegation während ihrer Moskauer Gipfelgespräche in nicht geringe Verlegenheit und veranlasste sie zu der Versicherung, den Streitpunkt zum Thema von Gesprächen mit den Verantwortlichen in Riga zu machen. Im übrigen hatten die Partner seit dem Haager Fehlschlag bis zum letzten Moment hart gearbeitet, um dem Moskauer Gipfel abgestimmte Dokumente zu den vier Wegekarten vorzulegen. Ganz offensichtlich wollten sie einen zweiten Misserfolg möglichst vermeiden. Zugleich hatten sie jedoch gewarnt, die Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben und bedeutende Durchbrüche zu erwarten.

An diesen Präludien gemessen hat der Gipfel nur in einem zentralen Punkt die Divergenzen nicht ausräumen können: dem Komplex Reiseerleichterungen, der den Russen angesichts der geschilderten engen Kontakte nach Europa besonders am Herzen liegt. Zwar sollen kurzfristig Verhandlungen über ein Abkommen zur erleichterten Visavergabe und parallel dazu über ein Rückübernahmeabkommen abgeschlossen werden. Im übrigen hielten beide Seiten jedoch an ihren zuvor geschilderten prinzipiellen Positionen fest und verschoben entsprechende Regelungen auf spätere Gipfel. Bei den anderen Wegekarten erzielten die Partner Einvernehmen jedoch auch in solchen Bereichen, die in den jeweiligen Dokumenten zum Haager Gipfel offen oder sogar strittig geblieben waren. Stichwortartig zählen dazu folgende Aspekte:

- Im Hinblick auf den – bereits im Haag unstrittigen – Wirtschaftsraum stimmte Russland einer Reihe von Präzisierungen zu, im Hinblick auf Rahmenbedingungen für Investitionen, Harmonisierung seiner Gesetzgebung mit internationalen Standards, freien und fairen Handel und Transit von Energieprodukten „einschließlich der den Energiecharta-Vertrag leitenden Prinzipien“. Umgekehrt wird Russland unter bestimmten Vor-

aussetzungen der Handel mit Nuklearmaterial und die Perspektive eines integrierten Stromverbundes in Aussicht gestellt.

- Eine erstaunliche Neubewertung vollzog Russland mit Blick auf den im Haag strittigen Raum der „Freiheit, Sicherheit und Justiz“. Der russischen Wegekarte von 2004 zufolge gehörten Grundwerte und demokratische Prinzipien nicht in diese Rubrik, sondern bildeten Teil des politischen Dialogs Russland-EU. Die in Moskau verabschiedete Wegekarte bekennt sich ausdrücklich und wiederholt zu den gemeinsamen Werten sowie den fundamentalen Rechten und Freiheiten „einschließlich freier und unabhängiger Medien“. Als weiteres wichtiges Element wird die „Herrschaft des Rechts“ genannt sowie ihre „transparente und effektive Anwendung durch ein unabhängiges Rechtssystem“.
- Auch weiterhin zeichnet sich freilich für Tschetschenien als integralem Bestandteil der Russischen Föderation keine überzeugende Lösung ab, zumal sich die russische Seite in Moskau auf Diskussionen zu diesem Problemkomplex nicht einlassen wollte. Die EU hatte angeboten, über humanitären Beistand hinaus substantielle wirtschaftliche und soziale Wiederaufbauhilfe zu leisten. Realisiert werden sollte sie unter einer wichtigen Voraussetzung: Der tschetschenischen Bevölkerung müsse die Gelegenheit gegeben werden, in freien und fairen Wahlen ihren politischen Willen kundzutun und in die Gestaltung der Zukunft ihrer Region einbezogen werden. Das EU-Angebot zielt auf eine spürbare Korrektur der Tschetschenienpolitik Putins, indem sie sich nicht ausschließlich auf Wirtschaftsförderung bezieht, denn das würde indirekt auf eine Billigung dieser Linie hinauslaufen.
- Einvernehmen ergab sich im Bereich „Äußere Sicherheit“ bemerkenswerterweise auch auf solchen Politikfeldern, die in der russischen Wegekarte von 2004 keine Erwähnung fanden. Stichworte sind u.a.: 1. Gemeinsame Werte, demokratische Prinzipien und Menschenrechte bilden die Grundlage für die Partnerschaft Russland-EU. Damit werden demokratische Aufbrüche gegen autoritäre Clansysteme im postsowjetischen Raum faktisch legitimiert. 2. Es ist das souveräne Recht eines jeden Staates, über seine Mitwirkung und Integration in regionale Organisationen selbst zu entscheiden. Damit könnten Integrationskonflikte Russland-EU in der geopolitischen Zwischenzone vermieden werden. 3. Die Seiten verständigten sich auf Kooperation und Konfliktregelung „in den an Russland und die EU grenzenden Regionen“. Dies könnte zu einer Verständigung über die „eingefrorenen Konflikte“ führen. 4. Gefördert werden „Rolle und Wirkungsweise regionaler Organisationen, insbesondere OSZE und Europarat“, wobei sämtliche gegenüber der OSZE eingegangenen Verpflichtungen eingelöst werden. Dies relativiert die kritische Haltung Moskaus zu beiden Organisationen.

Bei den Wegekarten handelt es sich – das sei hier ausdrücklich betont – nicht um vertraglich bindende Abkommen. Vielmehr haben wir es lediglich mit lockeren Absichtserklärungen, mit einer Wunschliste für internationale Kooperation zu tun, wobei zur Umsetzung der Projekte weder Mechanismen vorhanden noch zeitliche Rahmen vorgegeben sind. Die Skepsis ist berechtigt, dass die Wegekarten wie ähnliche Absichtserklärungen zuvor im Deklarativen stecken bleiben. Nicht zufällig forderte daher noch in Moskau Kommissionspräsident Barroso, es nicht bei der Verabschiedung von Wegekarten zu belassen, sondern zu Taten überzugehen und die Chancen zu nutzen, die die partnerschaftliche Zusammenarbeit bietet. Um zu verhindern, dass Wort und Tat wie so häufig in der Vergangenheit auseinanderfallen, griff die EU-Kommission einen russischen Vorschlag auf und lud bereits für Ende Juni/Anfang Juli 2005 zu einem Arbeitstreffen nach Brüssel ein. Dort werden hochrangige Vertreter mit Barroso und Ministerpräsident Fradkow an der Spitze über Wege und Methoden der konkreten Implementierung der Moskauer Vereinbarungen beraten. Der Ständige Partnerschaftsrat des PKA erhielt den Auftrag, in seinen verschiedenen Formaten über die Umsetzung zu wachen. Es wäre bereits als Erfolg zu werten, wenn wenigstens einige der in den Wegekarten genannten Projekte konkrete Gestalt annehmen würden.

10. Fazit und Ausblick

So bieten die EU-Russland-Beziehungen ein widersprüchliches Bild, und das in einem Moment, in dem über eine Verlängerung oder Neufassung des 2007 auslaufenden PKA-Grundsatzdokument nachgedacht wird. Beiden Seiten fehle es an einer überzeugenden Zukunftsstrategie, heißt es immer häufiger. Doch ist die Entwicklung einer an den Realitäten orientierten Strategie möglich, wenn sich beide Akteure in einem „fließenden Zustand“ (Barysch) befinden und das Ziel noch ganz unbestimmt ist? Voraussichtlich werden sie ihre Kraft noch auf längere Zeit eher auf ihre *innere* Ausgestaltung richten – die EU auf die mit der Verfassung angestrebte Vertiefung ihrer Integration sowie auf die Verarbeitung vollzogener oder künftiger Beitritte, Russland auf die stabilitätsorientierte Systemtransformation im Zeichen zentralistischer Machtstrukturen sowie auf die Neuordnung der Beziehungen zu den Ländern des postsowjetischen Raums, die oft auch weiterhin als innere Angelegenheit wahrgenommen werden.

In diesem komplizierten Kontext gehören die EU-Russland-Beziehungen in Dichte und Frequenz aufgrund einer Vielzahl gemeinsamer Interessen gewiss zu den intensivsten, die beide Seiten international unterhalten. Für die EU ist Russland bei allen Widersprüchen und Ungewissheiten aufgrund seiner Größe, seiner geographischen Nähe, seines Nutzen- und Schadenpotentials, seiner Ressourcen sowie seiner Rolle als regionaler und

globaler Akteur als Mitspieler für funktionale Zusammenarbeit unentbehrlich. Als demokratisch orientierter, kooperativer und sich europäisch definierender Partner kann Russland erheblich zu Stabilität und Wohlstand auf dem Kontinent beitragen. Als peripherisierte und in ihrer Zuordnung unsichere Großmacht besteht dagegen die Gefahr, dass Russland Instabilität über Osteuropa hinaus nach Westeuropa exportiert. Für Russland seinerseits ist die EU der leistungsfähigste Partner bei der Bewältigung jener Hauptaufgabe, die sich Putin gesetzt hat: die wirtschaftliche Modernisierung des Landes. Inzwischen wickelt Russland rund 55 Prozent seiner Exporte mit der EU ab, und rund 60 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen stammen aus der Union. Als wirtschaftliche und zunehmend auch politische Großmacht ist die EU der wichtigste Partner bei der Gestaltung Gesamteuropas. Nicht zufällig charakterisierte Präsident Putin die Russland-EU-Beziehungen im Kontext des Moskauer Gipfels als „Strategische Partnerschaft“, die für Russland „vorrangige Bedeutung“ habe.

Trotz breiter Interessenkonvergenzen bewegen sich die Partner gegenwärtig dennoch eher in verschiedene Richtungen. Nicht nur die Werte driften auseinander, sondern auf einigen Feldern auch die Interessen. Am deutlichsten sichtbar wird dies bei den „eingefrorenen Konflikten“ in der geopolitischen Zwischenzone. Ähnliches gilt im Blick auf die Weigerung Russlands, den Energiechartavertrag zu ratifizieren. Dieser würde die Energiezufuhr zusätzlich absichern und eine für Europa wichtige Diversifizierung der Energieversorgung ermöglichen. Problematisch ist auch die Absicht Russlands, unter gewissen Umständen 2013 aus dem Kyotovertrag auszusteigen. Schließlich konnte auch über die materiellen Bedingungen bei den transsibirischen Überflugrechten auf dem Moskauer Gipfel keine Einigung erzielt werden: Russland bestand auf einer Verschiebung der Entscheidung bis zum Jahre 2013. Grundsätzlich bleiben aus EU-Sicht insbesondere folgende Fragen an Russland:

- Soll sich die Union in ihrer Partnerschaft mit Russland mit einem System autoritärer Modernisierung arrangieren, solange sich Wirtschaft und Wirtschaftskooperation erfolgreich entwickeln? Oder soll sie weiterhin dem Grundsatz folgen, dass Russland als Partner sein Handeln an europäischen Werten und demokratischen Prinzipien messen lassen muss? Die EU vertritt die Ansicht, dass wirtschaftliche Modernisierung Mindestgarantien für demokratische Entfaltung und Rechtssicherheit voraussetzt. Ohne vergleichbare gemeinsame Werte bleibt jede Partnerschaft fragil, oder anders ausgedrückt: Es gibt eine Grenze für Partnerschaft zwischen Subjekten mit unterschiedlichen Werten und Systemen
- Wird Russland bestrebt sein, in einer Integrationskonkurrenz mit der EU über die Zwischenzone auch weiterhin autoritäre und potentiell instabile Regimes aufgrund spe-

zifischer geopolitischer Interessen zu stützen und zu fördern – Beispiel Belarus? Oder wird Russland das gemeinsame Interesse an stabilen Bedingungen im Umfeld der Partner zu gemeinsamer Wahrnehmung von Verantwortung nutzen? Wird Moskau dies auch dann tun, wenn einzelne Länder der Region einen Regimewandel hin zu europäischen Prinzipien vollziehen und ein Nahverhältnis zur EU suchen?

Anders als in Russland vielfach vermutet, geht es der EU in diesem Raum nicht um Versuche zur Eingliederung bestimmter Staaten, sondern um die strikte Einhaltung und volle Anwendung demokratischer und verfassungskonformer Verfahren, wobei sie jedes Ergebnis vorbehaltlos akzeptieren würde. Ein positives Signal für künftiges Einvernehmen wäre, wenn das unter russischer Beteiligung zustandegekommene Kiewer Vermittlungsergebnis im geopolitischen Spannungsfeld Schule machen würde und seinen Niederschlag in Regelungen über die bislang umstrittene Ausfüllung des Gemeinsamen Raums „Äußere Sicherheit“ fände. Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Vertrauensbildung im Gesamteuropäischen Haus, zu der Putin im September 2001 vor dem deutschen Bundestag aufgerufen hatte.

Vor diesem Hintergrund sollten die Partner illusionslos davon ausgehen, dass die geschilderten Asymmetrien und Divergenzen nicht rasch überwunden werden können. Dennoch sollten wie auf dem Moskauer Gipfel die Anstrengungen zum Ausbau der Partnerschaft fortgesetzt werden – trotz differierender oder sogar divergierender Entwicklungen auf wichtigen Feldern. Die EU-Russland-Beziehungen sollten im Zeichen einer „konstruktiv-kritischen Partnerschaft“ (Erler) von Pragmatismus und neuem Realismus bestimmt sein, bei der die Partner einander nicht überfordern und die entstandene Lücke zwischen Rhetorik und Realität schließen. Die europäischen Werte als Grundlage für dauerhafte Partnerschaft sollten zwar immer wieder fest und kohärent thematisiert werden, nicht zuletzt unter Hinweis auf die russischen Selbstverpflichtungen auf die Grundsätze und Prinzipien von OSZE und Europarat.

Zugleich sollte ihre mangelhafte Implementierung jedoch kein Hindernis für die Realisierung gemeinsamer Interessen bilden, wie sie z.B. beim Krisenmanagement in Sachen Kaliningrad, bei der EU-Erweiterung und zuletzt bei der Konfliktregelung in der Ukraine ihren Ausdruck fand. In Kaliningrad etwa könnte – nach Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen durch Russland – die Wirtschafts- und Strukturförderung als *gemeinsames* Entwicklungsprogramm konzipiert werden, das von Russland angestoßene Projekte gemeinsam entwirft, finanziert und in ihrer Wirksamkeit kontrolliert. So könnte Kaliningrad sogar zu einem Beispiel für eine „Region der Zusammenarbeit“ zwischen Russland und der EU werden – zu einer „Pilotregion“, wie sie in der „Mittelfristigen Strategie“ gegenüber der Union charakterisiert wird.

Zwar sind die Chancen der EU zur Beeinflussung der Entwicklungen in Russland gering. Immerhin können in einer konsequent angelegten Strategie des Engagierens („policy of engagement“) politische Öffnung, internationale wirtschaftliche Verflechtung, Partnerschaften von Regionen, Städten, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren einen „unsichtbaren Wertetransfer“ (Simon) bewirken, der größere Kompatibilität bewirkt und die Kluft zwischen Wahrnehmung und Realität von Werten und demokratischen Prinzipien verringert. Das könnte dazu führen, so die Perspektivkonzeption der EU, dass die russisch-europäische „Strategische Partnerschaft“ auch im Hinblick auf die kritische Zwischenzone das Bewusstsein für gemeinsame Verantwortung schärft und damit das Denken und Handeln in den Kategorien geopolitischer Einflusszonen zurückdrängt.

Das 1997 ratifizierte und 2007 auslaufende PKA hätte, wäre es vollinhaltlich implementiert worden, eine „Verwestlichung“ Russlands zur Folge gehabt, zumal es die europäischen Grundwerte und die Achtung der Menschenrechte als gemeinsames Fundament festschrieb. Dies hat sich, wie wir sahen, so nicht realisieren lassen, und auch im Wirtschaftsbereich wurden viele Bestimmungen des PKA entweder nicht eingehalten oder sind inzwischen erfüllt oder überholt (z.B. als Folge des bevorstehenden WTO-Beitritts von Russland). In diesem Kontext werden in der russischen Führung erste Vorüberlegungen über einen neuen, ab 2008 geltenden EU-Russland-Vertrag, über seinen Charakter und seine Reichweite angestellt. In der breiten wissenschaftlichen Kommunität reichen sie von Vorschlägen, das PKA zu aktualisieren und in seinem Rahmen weiter an den vier „Gemeinsamen Räumen“ zu arbeiten, bis hin zu der Anregung, angesichts der nicht erfüllten ursprünglichen Erwartungen den bestehenden Vertrag einschließlich der auf ihn bezogenen „Gemeinsamen Räume“ auslaufen zu lassen und einen völligen Neuanfang zu setzen.

Die aufgezeigten Probleme zwischen den Partnern gerade auch in prinzipiellen Fragen demonstrieren: Die Verständigung auf neue Vertragsbeziehungen wird keine leichte Aufgabe sein. Die beste Lösung scheint darin zu liegen, ein neues Grundsatzdokument mit dem existierenden Instrument der vier „Gemeinsamen Räume“ flexibel zu kombinieren, zumal das geltende PKA nicht sämtliche Aspekte der Räume abdeckt. Um dem Vertragswerk Dauer zu verleihen und die langfristige Perspektive einer Integration Russlands offenzuhalten, darf darin allerdings der Bezug auf gemeinsame Werte nicht fehlen. Eine solche Strategie ließe sich auch als „selektive Partnerschaft“ definieren. Selektiv nicht im Sinne einer Trennung von Interessen und Werten. Selektiv vielmehr so verstanden, dass im partnerschaftlichen Gesamtprozess angesichts des großen Potentials an gemeinsamen Interessen auch bei Divergenzen solche Vereinbarungen getroffen werden, auf die sich die Partner einigen können.

Programm

Montag, 23. Mai 2005

Ganztägig	Anreise der auswärtigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer
Nachmittags	Anreise der russischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer
19.30 – 22.00 Uhr	Abendessen Präsentation der Resultate des EU-Russland-Gipfels vom 10. Mai 2005 Lutz Güllner, Europäische Kommission, Brüssel

Dienstag, 24. Mai 2005

9.00 – 9.15 Uhr	Eröffnung der Konferenz Wjatscheslaw Nikonow, Präsident, Stiftung „Einheit für Russland“, Moskau Roland Schmidt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
-----------------	--

Vormittagssitzung	Gibt es eine Wertelücke – Grundlegende Meinungsunterschiede oder fehlgeleitete Wahrnehmungen?
--------------------------	--

Moderation: Wjatscheslaw Nikonow, Stiftung „Einheit für Russland“, Moskau

09.15 – 11.00 Uhr	Werte und Interessen: Entwicklungen in Russland und der Europäischen Union Impulsreferate: Heinz Timmermann, Stiftung Wissenschaft und Politik, Köln Nadeschda Arbatowa, Komitee „Russland im vereinigten Europa“, Moskau Werte und Interessen: Die Wahrnehmung globaler Verantwortung Bewältigung globaler Krisen während der zweiten Amtszeiten Bush und Putin Impulsreferate: Boguslaw Liberadzki, Mitglied des Europäischen Parlaments (Polen), Verkehrsminister a.D., Brüssel Dmitrij Trenin, Carnegie-Zentrum, Moskau
-------------------	--

- 11.00 – 11.30 Uhr Kaffeepause
- 11.30 – 13.00 Uhr **Perspektiven nach dem EU-Russland-Gipfel vom 10. Mai 2005**
- Impulsreferate:
 Sergej Jastreschemskij, Sonderbeauftragter des Präsidenten der RF für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, Moskau
 Norbert Baas, Beauftragter für Russland, Kaukasus und Zentralasien ,
 Auswärtiges Amt, Berlin
 Carlo Krieger, Botschafter des Großherzogtums Luxemburg (Ratsvorsitz der Europäischen Union), Moskau

- 13.00 – 14.00 Uhr Mittagessen

Nachmittagssitzung	Felder der Zusammenarbeit im Europäischen Raum
---------------------------	---

Moderation: Matthes Buhbe, Friedrich-Ebert-Stiftung, Moskau

- 14.00 – 15.30 Uhr **Russische und EU-Interessen im postsowjetischen Raum – Potenziale und Grenzen der Partnerschaft**

Impulsreferate:
 Rolf Mützenich, Mitglied des deutschen Bundestags, Berlin
 Aurélia Bouchez, Französisches Außenministerium, Paris
 Fjodor Lukjanow, „Russia in Global Affairs“, Moskau

- 15.30 – 16.00 Uhr Kaffeepause

- 16.00 – 18.00 Uhr **Gemeinsame Räume auch jenseits wirtschaftlicher Interessen**

Impulsreferate:
 Dmitrij Poljanskij, Referatsleiter, Abteilung für gesamteuropäische Zusammenarbeit,
 Außenministerium der Russischen Föderation, Moskau
 Lutz Güllner, Europäische Kommission, Brüssel

- Anschließend Teilweise Abreise der auswärtigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer
 oder

- 19.00 – 20.00 Uhr Besuch des Tschaikowski-Hauses in Klin
 Abendessen im Refektorium der Kirche des Heiligen Tichon

- Anschließend Verabredung der Themen für das 3. Treffen des Gesprächskreises im Dezember 2005 in Potsdam

Teilnehmer

Nadeschda Konstantinowna Arbatowa	Direktorin für Forschungsprogramme, Komitee „Russland im vereinigten Europa“, Moskau
Norbert Baas	Botschafter, Beauftragter für Russland, Kaukasus und Zentralasien, Auswärtiges Amt, Berlin
Wladimir Georgijewitsch Baranowski	Stellvertretender Direktor des IMEMO-Instituts der RAdW, Moskau
Walerij Nikolajewitsch Bogomolow	Abgeordneter der Staatsduma der RF – Erster Stellvertretender Leiter der Fraktion „Einiges Russland“, Moskau
Aurélia Bouchez	Stellvertretende Abteilungsleiterin Mittel- und Osteuropa, Außenministerium Frankreich, Paris
Matthes Buhbe	Landesvertreter Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Moskau
Thomas Frellesen	Delegation der Europäischen Union, Moskau
Jacques-Pierre Gougeon	Präsident des Instituts für Europäische Studien, Université 8, Paris
Lutz Güllner	Europäische Kommission, Direktion Auswärtige Beziehungen, Brüssel
Sergej Jastreschembskij	Sonderbeauftragter des Präsidenten der RF für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, Moskau
Andrej Arkadjewitsch Klimow	Abgeordneter der Staatsduma der Föderalen Versammlung der RF, Vorsitzender des Unterausschusses für Angelegenheiten der regionalen Politik und interregionale Beziehungen, Moskau
Carlo Krieger	Botschafter des Großherzogtums Luxemburg in der RF, Moskau
Sergej Alexandrowitsch Kulik	Leiter der Abteilung für Entwicklung der Beziehungen zur EU, Präsidialverwaltung der Russischen Föderation, Moskau
Boguslaw Liberadzki	Mitglied des Europäischen Parlaments (Polen), Verkehrsminister a.D., Brüssel
Fjodor Alexandrowitsch Lukjanow	Chefredakteur „Russia in Global Affairs“, Moskau
Christian Meier	Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP, extern), Berlin
Horst Mund	Referat Mittel- und Osteuropa,

	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Berlin
Rolf Mützenich	Mitglied des deutschen Bundestags, Berlin
Wjatscheslaw Alexejewitsch Nikonow	Präsident der Stiftung Einheit für Russland (SER), Moskau
Dimitrij Alexejewitsch Poljanski	Referatsleiter, Abteilung für gesamteuropäische Zusammenarbeit, Außenministerium der RF, Moskau
Roland Schmidt	Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Berlin
Peter Sonnenhol	Deutsche Botschaft, Moskau
Jekaterina Alexandrowna Sotowa	Leiterin der internationalen Programme, Stiftung Einheit für Russland (SER), Moskau
Walerij Michajlowitsch Subow	Abgeordneter der Staatsduma der Russischen Föderation, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Kreditinstitutionen und Finanzmärkte, Moskau
Heinz Timmermann	Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP, extern), Berlin
Dmitrij Witaljewitsch Trenin	Stellvertretender Direktor, Carnegie-Zentrum, Moskau
Witalij Towijewitsch Tretjakow	Chefredakteur, Zeitschrift „Polititscheskij Klass“ (die Politische Klasse), Moskau
Lars Wigemark	Gesandter, Schwedische Botschaft in der RF, Moskau
Stephen Wordsworth	Gesandter, Britische Botschaft in der RF, Moskau